

STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Band 52

DIE SCHULDEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN

AM 31. MÄRZ 1950



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

W. Kohlhammer-Verlag / Stuttgart - Köln

64. 6437

C 13-01533)

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
A. Die Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden (Gv.) vor dem Kriege	
1. Die Schulden am 31. März 1928	5
Übersicht 1: Die Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden (Gv.) am 31. März 1928	5
Übersicht 2: Die Schulden aus Kreditmarktmitteln im Gebiet der heutigen Bundesrepublik am 31. März 1928	5
2. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Verschuldung bis zum Kriegsausbruch	6
Übersicht 3: Die Gesamtverschuldung der Länder und Gemeinden (Gv.) im Gebiet der Bundesrepublik 1933 bis 1939	6
3. Die Vorkriegsschulden der Länder und Gemeinden (Gv.) im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik	6
Übersicht 4: Die Gesamtverschuldung der Länder und Gemeinden (Gv.) im Gebiet der Bundesrepublik am 31. März 1936	6
B. Die Schulden der öffentlichen Verwaltung am 31. März 1950	
1. Der Gesamtbetrag der Schulden	7
2. Die Ausgleichforderungen	8
Übersicht 5: Ausgleichforderungen der Landeszentralbanken und der Geldinstitute	9
Übersicht 6: Ausgleichforderungen im Banksystem	9
3. Übrige Altschulden	9
4. Die Neuverschuldung	9
Übersicht 7: Finanzierung der öffentlichen Verschuldung (einschl. Bundesbahn) durch das Zentralbanksystem	10
Übersicht 8: Unterbringung der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesverwaltungen und der Länder	11
C. Die Schulden von Bund und Ländern	
1. Die Schulden des Bundes	11
Übersicht 9: Die Entwicklung der schwebenden Schuld des Bundes im Rechnungsjahr 1950	11
2. Die Schulden der Länder	12
Übersicht 10: Inlandschulden der Länder am 31. März 1950	12
Übersicht 11: Die Schulden der Länder vom 31. März 1949 bis 31. März 1951	12
Übersicht 12: Anlage der Landeszentralbanken in Schatzwechseln und Kassenkrediten der Länder	13
D. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände	
1. Gesamtbetrag der Alt- und Neuschulden	13
Übersicht 13: Regionale Verteilung der kommunalen Schulden	13
Übersicht 14: Die kommunalen Schulden nach Art der Gebietskörperschaften	14
2. Die Quellen des Kommunalkredits	14
3. Laufzeit der Schulden	15
4. Die Verwendung der Neuverschuldung	15
Übersicht 15: Die Verwendung der kommunalen Neuverschuldung (nach dem Stande der Schulden am 31. März 1950)	15
5. Die Weiterentwicklung der kommunalen Verschuldung im Kalenderjahr 1950	16
Tabellenteil (laut besonderem Verzeichnis)	17

Vorwort

Nach dem 1. Weltkrieg hat mit der Erweiterung des Aufgabenbereichs der öffentlichen Verwaltung auch die Finanzierung der staatlichen und kommunalen Haushalte durch Schuldenaufnahmen in zunehmendem Maße an Bedeutung gewonnen. Im Rahmen der Finanzstatistik wurde daher die staatliche und kommunale Verschuldung besonders eingehend gewürdigt.

Nach 1945 sind über den Schuldenstand Erhebungen nur für einzelne Länder durchgeführt worden. Für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet ist erstmalig zum Stichtag 31. März 1947 die kommunale Verschuldung festgestellt worden (Statistischer Bericht VII/5/1). Im Zusammenhang mit der Geldumstellung ist dann im August 1949 ein Bericht über die kommunale Verschuldung am 31. März und 20. Juni 1948 veröffentlicht worden (Statistischer Bericht VII/5/2).

Zum Abschluß des Rechnungsjahres 1948, also zum 31. März 1949, wurde der Schuldenstand nicht erhoben, weil nach der Währungsreform die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften zunächst von untergeordneter Bedeutung war.

Für Länder und Gemeinden des ganzen Bundesgebietes wurde dann erstmalig zum 31. März 1950 eine einheitliche Schuldenstandstatistik durchgeführt. Die Ergebnisse werden mit diesem Band, dessen Herausgabe sich aus technischen Gründen etwas verzögert hat, bekanntgegeben. Die Erhebung und Aufbereitung der Schuldenstandsmeldung der Gemeinden wurde durch die Statistischen Landesämter durchgeführt. Die Angaben über die staatliche Verschuldung sind unmittelbar von den Finanzministerien der Länder geliefert worden.

Die zusammenfassende Darstellung und Auswertung der Bundesergebnisse lag in Händen der von Regierungsdirektor Dr. Herrmann geleiteten Abteilung Finanz- und Steuerstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Wiesbaden-Biebrich, im November 1951

Dr. Gerhard Fürst

Leiter des Statistischen Bundesamtes

A. Die Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden (Gv.) vor dem Kriege

1. Die Schulden am 31. März 1928

Die Verschuldung der gesamten öffentlichen Verwaltung wurde in Deutschland erstmalig für den 31. März 1928 statistisch ermittelt und hierbei mit einem Gesamtbetrag von 14,6 Milliarden RM festgestellt¹⁾.

Rechtlicher Ausgangspunkt hierfür war die Verordnung über Finanzstatistik vom 23. Juni 1928; durch diese wurde im Rahmen der seit 1926 bestehenden Reichsfinanzstatistik erstmalig eine Statistik der öffentlichen Schulden eingeleitet. In die Nachweispflicht wurden damals alle Länder und Gemeinden des Reichsgebiets einbezogen. Die das Reich betreffenden Zahlen wurden vom Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellt.

Die für einen rd. 4 Jahre nach der Währungsreform von 1923 liegenden Stichtag ermittelte öffentliche Verschuldung bietet ein wichtiges Vergleichsbild für Umfang, Struktur und Entstehungsgrund der gegenwärtigen Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden. Dieser Vergleich läßt eine gewisse Gleichartigkeit der Entwicklung in der Zeit nach der Währungsreform von 1923 und in der Zeit nach der Geldumstellung von 1948 erkennen.

1. Die Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden (Gv.) am 31. März 1928 — Mill. RM —

Art der Schulden	Reich	Länder	Hansestädte	Gemeinden (Gv.)	Zusammen
	1	2	3	4	5
1. Altverschuldung					
Ablossungsschulden	4547,8	16,8	92,7	707,9	5365,3
Aufwertungsschulden	—	11,6	4,5	340,6	356,8
Zusammen	4547,8	28,5	97,2	1048,6	5722,1
2. Festwert- und Valutaschulden	1012,0	32,3	39,8	89,6	1173,6
3. Neuverschuldung					
a) Auslandsschulden					
Einzelanleihen	883,9	375,5	142,8	317,0	1719,2
Übrige	—	136,4	76,2	224,5	437,2
Zusammen	883,9	511,9	219,1	541,5	2156,4
b) Langfristige Inlandsschulden					
Schuldverschreibungen	500,0	235,0	—	381,1	1116,1
Tilgungsdarlehen	—	48,2	4,5	1739,4	1792,2
Hypotheken	—	3,6	1,6	449,9	455,0
Zusammen	500,0	286,8	6,1	2570,4	3363,3
c) Mittel- und kurzfristige Inlandsschulden					
Schatzanweisungen	—	266,6	5,0	13,0	244,6
Schatzwechsel	40,0	158,4	7,2	101,0	306,6
Kontokorrentschulden	—	3,6	—	316,0	319,6
Sonstige	147,0	49,5	21,2	1094,6	1312,3
Zusammen	187,0	438,2	33,4	1524,6	2183,2
Summe 3	1570,9	1236,9	258,6	4636,5	7702,8
4. Schulden aus Kreditmarktmitteln insgesamt	7130,7	1297,6	395,5	5774,7	14598,6
5. Schulden aus öffentlichen Mitteln	—	202,1	24,7	767,0	993,8
6. Gesamtverschuldung	7130,7	1499,7	420,3	6514,7	15165,4

Über die Struktur der öffentlichen Verschuldung nach dem Stande am 31. März 1928 ergibt sich nämlich folgendes Bild:

- a) Knapp die Hälfte der öffentlichen Verschuldung entfiel auf die vor der Währungsreform entstandene Verschuldung, und zwar zum größten Teil auf die Ablösung der ehemaligen Kriegsanleihen. Träger dieser Verschuldung war damals in erster Linie das Reich; bei den Gemeinden überschritt sie infolge der höheren Aufwertung der Hypotheken die Milliarden Grenze.

¹⁾ Vgl. Einzelschrift zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 13 „Die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich am 31. März 1928 und am 31. Dezember 1929“.

- b) In der Neuverschuldung war am 31. März 1928 (also etwa 4½ Jahre nach der Währungsreform) bereits ein Betrag von 7,7 Milliarden RM erreicht. Damals hatten die umfangreichen Schuld aufnahmen der Gemeinden zu dem schnellen Anstieg der öffentlichen Verschuldung geführt. Die »Verwendung« dieser Verschuldung läßt die gesamtwirtschaftlichen Ursachen ihrer Entstehung erkennen. Es wurden nämlich verwendet für:

	Mill. RM
Wohnungswesen (einschl. der unter Vermögensverwaltung verbuchten Beträge)	1545,1
Straßen, Häfen und Verkehrsunternehmen	1225,9
Versorgungsbetriebe	764,2
Kriegslasten	1088,7

Von den Kriegslasten abgesehen war also die von 1924 bis 1928 entstandene Neuverschuldung überwiegend durch die öffentliche Finanzierung wirtschaftlicher Aufgaben bedingt.

- c) Neben den 14,6 Milliarden RM Schulden aus Kreditmarktmitteln bestand — in der Größenordnung von 1 Milliarde RM — eine Verschuldung der Gebietskörperschaften untereinander (Schulden aus öffentlichen Mitteln). Diese ist (einschl. der Doppelzählungen) hauptsächlich verwendet worden für:

	Mill. RM
Wohnungswesen	472,6
Wertschaffende Erwerbslosenfürsorge ..	164,5
Wohlfahrtswesen	21,3
Sonstige Zwecke	99,6
Nicht aufgegliedert	159,3

Auf den Raum der heutigen Bundesrepublik entfallen von der für den 31. März 1928 festgestellten Verschuldung 8,8 Milliarden RM. Das sind 246 RM je Einwohner dieses Gebiets. Die öffentliche Verschuldung war also im Westen im Verhältnis zur Bevölkerung merklich höher als im Osten.

2. Die Schulden aus Kreditmarktmitteln im Gebiet der heutigen Bundesrepublik am 31. März 1928

Gebietsteil	Anteil an den Schulden des Reichs	Schulden		Zusammen	RM. je Ein- wohner	
		des Land- des')	der Ge- meinden (Gv.)			
		Mill. RM				
		1	2			3
Schleswig-Holstein	173,5	16,0	191,2	380,7	251	
Hannover	364,6	33,4	250,4	648,4	203	
Westfalen	549,7	50,6	437,4	1037,7	216	
Hessen-Nassau	273,9	25,2	319,6	618,7	258	
Rheinprovinz	829,1	76,3	1034,8	1940,2	267	
Sigmaringen	8,2	0,8	2,9	11,9	166	
Bayern	843,2	380,9	536,0	1760,1	239	
Württemberg	294,8	26,2	204,2	525,2	204	
Baden	264,1	102,9	287,1	654,1	283	
Hessen	153,9	21,0	180,2	355,1	264	
Oldenburg	62,3	28,5	36,6	127,4	234	
Braunschweig	54,5	26,5	27,2	108,2	227	
Lippe	18,7	8,0	8,4	35,1	215	
Waldeck	6,4	1,2	1,7	9,3	167	
Schaumburg-Lippe	5,5	0,5	2,2	8,2	170	
Zusammen	3902,3	798,0	3519,9	8220,2	241	
Hamburg	131,7	211,6	343,3	686,6	298	
Bremen	38,7	150,5	189,2	368,4	558	
Lübeck	14,6	33,5	48,1	96,2	376	
Zusammen	185,0	395,5	580,5	1161,0	359	
Insgesamt (jetziges Bundes- gebiet)	4087,3	4713,4	8800,7	12891,1	246	

¹⁾ In den preußischen Provinzen: Anteil an den Schulden des Staates.

2. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Verschuldung bis zum Kriegsausbruch

(hierzu Tabelle 7)

Bis zum Ausbruch des Krieges hatte sich die Verschuldung aller Gebietskörperschaften beträchtlich erhöht. Nach dem Ergebnis der Schuldenstatistik vom 31. März 1939 belief sich diese Verschuldung, soweit sie aus Kreditmarktmitteln aufgenommen war, auf 41,2 Milliarden RM (die Mefo-Wechsel waren in diese Berechnung nicht einbezogen). Mehrere Vorgänge hatten zu dieser Gesamtentwicklung beigetragen.

Die starke Ausweitung der Verschuldung bei den Ländern und vor allem den Gemeinden hatte sich in Fortführung der Investitionen auf den Gebieten des Wohnungsbaues, der Versorgung und des Verkehrs noch in den Rechnungsjahren 1928 und 1929 fortgesetzt.

In den Rechnungsjahren 1929 und 1930 wurde der Gesamtbetrag der öffentlichen Schulden in erster Linie durch die wachsende Verschuldung des Reichs, nämlich durch die Finanzierung der Arbeitslosigkeit und die Aufnahme der Young-Anleihe aufgebläht.

Vom Rechnungsjahr 1933 an wird die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung ausschließlich von der kreditmäßigen Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und der Aufrüstung durch das Reich beherrscht. Anfänglich wird die dadurch bedingte Erhöhung der inländischen Verschuldung durch die nominellen Abwertungsgewinne bei den Auslandsschulden ausgeglichen.

Mit der Verlagerung der Investitionstätigkeit auf das Reich vermindern sich nach dem am 31. März 1934 erreichten Höchststand (12,7 Milliarden RM) die Schulden der Länder und Gemeinden. Durch z. T. außerordentliche Tilgungen verringern sich die öffentlichen Schulden bis zum 31. März 1939 auf 10,6 Milliarden RM.

3. Die Gesamtverschuldung¹⁾ der Länder und Gemeinden (Gv.) im Gebiet der Bundesrepublik 1933 bis 1939

Stichtag	Länder	Hansestädte	Gemeinden (Gv.)	Zusammen
	1	2	3	4
Mill. RM				
31. 3. 1933	1 375,2	736,5	6 457,5	8 569,2
31. 3. 1934	1 378,3	699,2	6 664,4	8 741,9
31. 3. 1935	1 359,6	732,2	6 740,8	8 832,6
31. 3. 1936	1 328,3	709,3	6 553,5	8 591,2
31. 3. 1937	1 289,5	666,8	6 228,7	8 185,1
31. 3. 1938	1 211,1	698,4	5 829,3	7 738,8
31. 3. 1939	1 120,0	619,0	5 477,5	7 216,5
RM je Einwohner ²⁾				
31. 3. 1933	38	427	180	228
31. 3. 1934	38	405	186	232
31. 3. 1935	38	424	188	235
31. 3. 1936	37	411	183	229
31. 3. 1937	36	386	174	218
31. 3. 1938	34	341	164	206
31. 3. 1939	30	290	147	183

¹⁾ Einschl. der Schulden aus öffentlichen Mitteln. — ²⁾ Zahl der Einwohner 1933 bis 1938: 37 547 000, 1939: 39 497 000.

Für die Jahre 1933 bis 1939 lassen sich aus den Ergebnissen der Schuldenstatistik, da diese regional gegliedert sind, Zahlen über die Entwicklung der Schulden von Ländern und Gemeinden (Gv.) im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik ermitteln. Danach belief sich die — die Schulden aus öffentlichen Mitteln einschließende — Gesamtverschuldung der Länder und Gemeinden (Gv.) am 31. März 1933 auf 8,6 Milliarden

RM, gleich 228 RM je Einwohner. Sie stieg, vor allem durch die Arbeitsbeschaffungskredite aus Mitteln des Reichs bis zum 31. März 1935 auf 235 RM je Einwohner. Die dann einsetzenden Tilgungen verminderten die Schulden der Länder und Gemeinden (Gv.) im jetzigen Bundesgebiet bis auf 183 RM je Einwohner kurz vor Kriegsausbruch.

Über die Weiterentwicklung der gesamten öffentlichen Verschuldung während des Krieges liegen amtliche Zahlen nicht vor.

3. Die Vorkriegsschulden der Länder und Gemeinden (Gv.) im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik

(hierzu Tabellen 8 a, b, c)

Um die gegenwärtige Verschuldung der öffentlichen Verwaltung des Bundesgebiets mit der Vorkriegszeit vergleichen zu können, sind aus den Ergebnissen der für den 31. März 1936 durchgeführten amtlichen Schuldenstatistik die Beträge für die Schulden derjenigen Länder und Gemeinden (Gv.) ausgegliedert worden, die gegenwärtig zum Gebiet der Bundesrepublik gehören. Diese Ausgliederung wurde dadurch erheblich erleichtert, daß die Grenzen der Bundesrepublik weitgehend mit den Grenzen der Länder und Provinzen der Vorkriegszeit identisch sind. Bei der Berechnung wurde allerdings nicht berücksichtigt, daß einige Gemeinden des Landes Braunschweig (Kreis Blankenburg) und der Provinz Hessen (Schmalkalden) außerhalb des Bundesgebiets liegen. Die Schulden des Landes Preußen sind entsprechend dem Anteil an der Zahl der Einwohner (50,8 vH) dem Bundesgebiet zugeordnet worden.

4. Die Gesamtverschuldung der Länder und Gemeinden (Gv.) im Gebiet der Bundesrepublik am 31. März 1936

Gebietsteil	Zahl der Einw. in 1000	Schulden					
		Länder ¹⁾	Gemeinden (Gv.)	Zusammen	Länder	Gemeinden (Gv.)	Zusammen
		Mill. RM			RM je Einwohner		
	1	2	3	4	5	6	7
Schleswig-Holstein	1 590	46,6	355,9	402,5	29	224	253
Hannover	3 368	98,8	470,8	569,6	29	140	169
Westfalen	5 040	147,8	974,4	1 122,2	29	193	293
Hessen-Nassau	2 585	75,8	602,1	677,9	29	233	262
Rheinprovinz	7 632	223,8	2 005,9	2 229,7	29	263	292
Hohenzollern	73	2,1	7,1	9,2	29	98	127
Bayern	7 682	321,2	902,4	1 223,6	42	117	159
Württemberg	2 696	70,5	301,1	371,6	26	112	138
Baden	2 413	125,9	446,8	572,7	52	185	237
Hessen	1 429	91,4	363,3	454,6	64	254	318
Oldenburg	574	38,9	53,6	92,6	68	93	161
Braunschweig	513	68,9	49,1	118,0	134	96	230
Lippe	176	15,5	17,1	32,6	88	94	182
Schaumburg-Lippe	50	1,0	3,8	4,8	20	76	96
Zusammen	35 821	1 328,3	6 553,5	7 881,8	37	183	220
Hamburg	1 218	.	.	410,4	.	.	337
Bremen	372	.	.	236,7	.	.	637
Lübeck	136	.	.	62,2	.	.	456
Zusammen	1 726	.	.	709,3	.	.	411
Insgesamt	37 547	.	.	8 591,2	.	.	229

¹⁾ In den preußischen Provinzen: Anteil an den Schulden des Staates.

Für den Vergleich mit der Gegenwart ist zunächst wichtig, daß die öffentliche Verschuldung im Raum der jetzigen Bundesrepublik sehr erhebliche regionale Unterschiede aufwies. Damals hatte sich die Gesetzmäßigkeit zahlenmäßig stark durchgesetzt, so daß die Verschuldung auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl mit

wachsender Bevölkerungsagglomeration erheblich ansteigt. Die Landesteile mit größerer Zahl von Großstädten hatten daher auch im Jahre 1936 eine weit über dem Durchschnitt liegende Verschuldung. Es sind dies außer den Hansestädten die Provinzen Westfalen, Rheinprovinz und Hessen-Nassau. Mit einer besonders hohen kommunalen Verschuldung fällt das Land Hessen auf.

Auch die Verteilung der Verschuldung auf den staatlichen und den gemeindlichen Bereich ist regional sehr verschieden. Dem sehr niedrigen Stand der staatlichen Schulden in Preußen und Württemberg steht eine z. T. beachtlich hohe staatliche Verschuldung der mittleren und kleineren Länder gegenüber. In Braunschweig ist die staatliche Schuld sogar höher als die gemeindliche.

Die Arten der Schulden innerhalb der Vorkriegsverschuldung entsprechen der damaligen Struktur des öffentlichen Kredits. Die kurzfristige Verschuldung, mit der nach 1924 ein großer Teil der Investitionen finanziert worden war, ist bei den Gemeinden (Gv.) am 31. März 1936 bereits durch den Umschuldungsverband deutscher Gemeinden fundiert worden; immerhin ist eine mittel- und kurzfristige Verschuldung von rd. 1 Milliarde RM auch 1936 vorhanden. Die Auslandsschulden sind durch die Abwertung von Dollar und Pfund auf einen Betrag von einer halben Milliarde RM verringert. Die Bedeutung der Altverschuldung ist durch die Tilgungen gemindert. Neben den Kreditmarktschulden bestehen Schuldverbindlichkeiten der Gebietskörperschaften untereinander im Umfang von 1,3 Milliarden RM, zumeist Darlehen des Reichs an die Länder und Darlehen der Länder an die Gemeinden. Der Hauptblock der öffentlichen Verschuldung jedoch wird durch die langfristigen Inlandschulden gebildet.

Die damalige (und gegenwärtig sich wiederholende) Struktur des öffentlichen Kredits kommt vor allem in der Gliederung der Schulden nach Gläubigern (Tab. 8b) zum Ausdruck. Der Anstaltkredit, d. h. die Kommunaldarlehen der Pfandbriefinstitute, Sparkassen und Versicherungen, ist die wichtigste Quelle zur Deckung des öffentlichen Kapitalbedarfs. Vor allem im gemeindlichen Sektor entfallen über zwei Drittel der Verschuldung auf diese Kreditform. Und zwar sind es in erster Linie die öffentlich-rechtlichen Glieder des Anstaltkredits, d. h. die Staats- und Landesbanken, Umschuldungsverband, Sparkassen, Sozialversicherungen

und sonstige öffentliche Versicherungen, die den Kreditbedarf der kommunalen Wirtschaft — nämlich 86 vH der Anstaltkredite und über 52 vH der gesamten Schulden der Länder und Gemeinden — gedeckt haben.

Die unmittelbare Inanspruchnahme des Marktes, nämlich die Begebung von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen, spielte innerhalb der 1936 bestehenden Verschuldung nur bei den größeren Ländern und den größeren Gemeinden eine Rolle. Der interregionale Kreditausgleich, den das Inhaberpapier ermöglicht, wurde aber über die unmittelbare Begebung von Schuldverschreibungen hinaus dadurch gefördert, daß 73 vH der Anstaltkredite (bei den Gemeinden sogar 76 vH) auf solche Institute entfallen, die ihre Ausleihungen durch Begebung von Kommunalobligationen finanzieren.

Die Verwendung der vor dem Krieg aufgenommenen Schulden der Länder und Gemeinden nach dem Stande vom 31. März 1936 ist für einen Schuldbetrag von 8,1 Milliarden RM ermittelt worden (vgl. Tab. 8c). Für eine Beurteilung der gegenwärtigen und der zukünftigen Entwicklung der öffentlichen Verschuldung ist bedeutsam, daß nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit die wirtschaftlichen Aufgaben der öffentlichen Hand in erster Linie die Höhe ihrer Verschuldung bestimmen. Nach dem Stande vom 31. März 1936 waren hauptsächlich folgende Aufgabengebiete an den Schulden der Länder und Gemeinden beteiligt:

	Mill. RM
Wohnungswesen (einschl. allgem. Grundvermögen)	2 169,5
Verkehr	
Straßen	1 152,1
Wasserstraßen und Häfen ...	413,9
Übriger Verkehr	291,6
Versorgungsunternehmen	783,0
Anstalten und Einrichtungen	469,0
Allgemeine Wirtschaftsförderung und Arbeitsbeschaffung	406,0
Sonstige Unternehmen	392,1
Schulen und Wissenschaft	299,6
Krankenhäuser usw.	380,0
Ferner wurden verwendet für:	
Deckung von Fehlbeträgen	794,9
Kassenreserve und Betriebsmittel	294,2

B. Die Schulden der öffentlichen Verwaltung am 31. März 1950

1. Der Gesamtbetrag der Schulden

(hierzu Tabelle 1)

Für den 31. März 1950 ist erstmalig für die Zeit nach der Geldumstellung der Gesamtbetrag der Schulden der öffentlichen Verwaltung, nämlich von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.), erhoben worden. Durch diese Erhebung ist ein Gesamtbetrag der Schulden in Höhe von 18 923,0 Mill. DM ermittelt worden.

Jedoch ist damit die Gesamtheit der öffentlichen Schulden noch nicht erfaßt. Es fehlen hierin alle diejenigen Schulden, die ihrem Betrage nach noch nicht

feststehen können. Dies gilt vor allem für die Auslandsschulden. Von den Ländern und Hansestädten sind in der Erhebung vom 31. März 1950 die Auslandsschulden mit 122,4 Mill. DM gemeldet worden, wovon der größere Teil (108,6 Mill. DM) auf die seinerzeit zumeist in den Vereinigten Staaten und England begebenen Inhaberschuldverschreibungen entfällt. Für die Gemeinden (Gv.) (ohne Baden) ist durch eine frühere besondere Erhebung ein Betrag von 90,3 Mill. DM ermittelt worden. Jedoch steht noch nicht fest, wie weit diese Beträge den endgültigen Schuldbetrag darstellen werden. Vor allem ist für den Bund zunächst

kein Betrag von Auslandsschulden in die Zusammenstellung der Schulden eingesetzt worden. Es ist zunächst nicht abzuschätzen, welche Verbindlichkeit dem Bund aus der Übernahme der Auslandsschulden des Reiches erwachsen wird.

Auch der Anteil des Bundesgebiets an den ehemaligen Inlandsschulden des Reichs kann zur Zeit nicht voll ermittelt werden. Bisher traten diese nur in den bei der Geldumstellung geschaffenen Ausgleichforderungen in Erscheinung, mit denen gewissermaßen die bei der Reichsbank, den Banken, Sparkassen und Versicherungen liegenden Reichspapiere soweit abgelöst wurden, wie die neu entstandenen DM-Verbindlichkeiten und ein Bedarf an Eigenkapital zu decken waren. Ein Ausgleich für den Anleihebesitz sowohl des Publikums als auch der Träger der Sozialversicherungen ist in dem bis jetzt ausgewiesenen Betrag an Ausgleichforderungen nicht enthalten. Überdies ist auch deren Betrag noch nicht endgültig.

Die für den 31. März 1950 ermittelten 18 923,0 Mill. DM stellen somit den zur Zeit feststellbaren Betrag der inländischen Verschuldung der öffentlichen Verwaltung dar. In diese Zusammenzählung der Schulden von Bund, Ländern, Hansestädten und Gemeinden (Gv.) sind nur die Schulden aus Kreditmarktmitteln aufgenommen. Neben ihnen bestehen noch die Schuldverbindlichkeiten der Gebietskörperschaften untereinander, vor allem der Länder untereinander und gegenüber dem Bund und der Gemeinden gegenüber ihren Ländern. Am 31. März 1950 bestanden insgesamt 233,3 Mill. DM solcher Schulden aus öffentlichen Mitteln, an denen die Gemeinden (Gv.) mit fast drei Fünfteln, nämlich mit 137,9 Mill. DM, beteiligt waren.

An den Schulden aus Kreditmarktmitteln in Höhe von 18,9 Milliarden DM sind zu mehr als zwei Dritteln die Länder und Hansestädte beteiligt. Dies ist ausschließlich die Folge der bei der Geldumstellung getroffenen Verteilung der Lasten. Der Bund (damals Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes) wurde nur mit den Verbindlichkeiten gegenüber der Bank deutscher Länder, nämlich für die Ausgabe der DM-Noten und später für die Ausstattung Berlins mit Geld, belastet. Für die Ausgleichforderungen dagegen zugunsten der Landeszentralbanken, der Depositeninstitute und der Versicherungen haften die Länder (einschl. der Hansestädte).

Innerhalb der Gesamtverschuldung der öffentlichen Verwaltung sind die Schulden der Gemeinden (Gv.) vorerst noch gering. Sie erweitern sich über die halbe Milliarde hinaus, mit der die Gemeinden (Gv.) an den Schulden aus Kreditmarktmitteln beteiligt sind, um die 137,9 Mill. DM zumeist den Ländern geschuldeten Verbindlichkeiten aus öffentlichen Mitteln.

Fast die gesamte Verschuldung der öffentlichen Verwaltung ist »Altverschuldung«, nämlich aus der Zeit vor der Geldumstellung stammend. Die mit der Geldumstellung von 1948 geschaffenen Ausgleichforderungen einschl. der ihnen gleichzustellenden Verbindlichkeiten machten am 31. März 1950 noch 90 vH der Gesamtverschuldung aus. Der Anteil der Altschulden erhöht sich noch um die 0,4 Milliarden DM, die den Restwert der früheren Reichsmarkschulden der Länder und Gemeinden darstellen. Gegenüber diesen Altschulden

hat die seit der Geldumstellung entstandene Neuverschuldung bis zum 31. März 1950 immerhin schon den Betrag von 1,5 Milliarden DM erreicht. An ihr sind der Bund und die Länder (einschl. der Hansestädte) mit ungefähr gleich großen Beträgen beteiligt.

2. Die Ausgleichforderungen

Der Gesamtkomplex der Verbindlichkeiten des Bundes und der Länder, die aus der Geldumstellung von 1948 entstanden sind, wird für den 31. März 1950 mit 17,1 Milliarden DM beziffert. Der Hauptposten wird durch die Ausgleichforderungen dargestellt. Ihnen gleichwertig sind die 639,2 Mill. DM Schuldverschreibungen, die der Bank deutscher Länder für die Ausstattung Berlins mit Geld übergeben worden sind. Ursprünglich waren die drei Länder der französischen Zone mit 60,1 Mill. DM an dieser Verbindlichkeit beteiligt; am 1. April 1950 ist diese auf den Bund übergegangen.

Den Ausgleichforderungen sind Reste aus dem — seinerzeit bei der Reichsbank finanzierten — Fehlbetrag der Verwaltung der britischen Zone zuzuordnen. Die noch nicht endgültig feststehenden Beträge sind von den 4 Ländern der britischen Zone für den 31. März 1950 mit 146,7 Mill. DM beziffert worden.

Die Ausgleichforderungen selbst stellen mit 16,3 Milliarden DM den weitaus größten Betrag der öffentlichen Verschuldung dar. Nach den vom Bund und den Ländern gemachten Angaben machen am 31. März 1950 die der Bank deutscher Länder gegebenen Ausgleichforderungen 5 428,9 Mill. DM aus, nämlich 4 918,6 Mill. DM vom Bund selbst ausgefertigte Ausgleichforderungen und 510,3 Mill. DM gleichartige Verbindlichkeiten, die ursprünglich von den drei Ländern der französischen Zone geschuldet wurden, aber am 1. April 1950 vom Bund gemäß § 23 Abs. 1 des 1. Überleitungsgesetzes übernommen worden sind.

Die von den Ländern und Hansestädten gegenüber den Landeszentralbanken übernommenen Ausgleichverbindlichkeiten werden für den 31. März 1950 von den Schuldnern mit 2 411,3 Mill. DM beziffert. Die den Banken, Sparkassen und Versicherungen ausgestellten Ausgleichforderungen werden von den Ländern und Hansestädten für den Stichtag der Erhebung mit 8,4 Milliarden DM angegeben.

Alle diese Zahlen sind, da die Umstellungsrechnung der Geldinstitute noch nicht abgeschlossen ist, als vorläufige anzusehen. So weichen auch die bei der Bank deutscher Länder an einem späteren Zeitpunkt ermittelten Zahlen etwas ab.

	Mill. DM
Sie belaufen sich hiernach für die	
Bank deutscher Länder (31. März 1950) auf	5 447
Landeszentralbanken (31. März 1950) auf	2 447
übrigen Geldinstitute (30. April 1950) auf	8 637
davon Banken	6 152 Mill. DM
Bausparkassen	62 Mill. DM
Versicherungen	2 423 Mill. DM.

Die Verteilung dieser Beträge auf die einzelnen Länder ergibt sich aus nachstehender Übersicht.

5. Ausgleichforderungen der Landeszentralbanken und der Geldinstitute (nach Angaben der Bank deutscher Länder)
— Mill. DM —

Schuldner	Landes- zentral- banken 31. 3. 1950	Geldinstitute				Zu- sammen
		Banken, Sparkassen	Bau- sparkassen	Ver- siche- rungen		
	1	2	3	4	5	
Schleswig-Holstein	115,7	244	1	40	285	
Niedersachsen	290,6	846	5	218	1 069	
Nordrhein-Westfalen	604,9	1 403	7	760	2 170	
Hessen	228,5	593	5	163	761	
Württemberg-Baden	254,9	687	36	417	1 140	
Bayern	407,4	1 222	2	392	1 616	
Rheinland-Pfalz	138,5	332	3	37	372	
Baden	77,2	193	1	3	197	
Württemberg-Hohenzollern ¹⁾ ..	63,8	169	—	—	169	
Hamburg	194,8	325	1	385	711	
Bremen	70,8	138	1	8	147	
Zusammen	2 447,1	6 152	62	2 423	8 637	

¹⁾ Einschließlich Kreis Lindau.

Die im Banksystem festgestellten²⁾ Bestände an Ausgleichforderungen bestätigen, daß die Umstellung noch in Fluß ist und ihr Fortgang zu einer Erhöhung der Verpflichtungen der Länder aus Ausgleichforderungen führt. Dieser Bestand hat sich im Rechnungsjahr 1949 um 1 Milliarde DM und bis zum 31. März 1951 um eine weitere halbe Milliarde DM erhöht.

Allerdings sind an dieser Zunahme zu einem kleinen Teil auch die Ankäufe von Ausgleichforderungen beteiligt, mit denen die Bank deutscher Länder und die Landeszentralbanken an der Finanzierung der Investitionen mitgewirkt haben. Soweit in diese Ankäufe auch die Versicherungen und die Bausparkassen einbezogen worden sind, haben sie den Gesamtbetrag der im Banksystem feststellbaren Bestände an Ausgleichforderungen erhöht.

6. Ausgleichforderungen im Banksystem
— Mill. DM —

Gläubiger	31. 3. 50	30. 6. 50	30. 9. 50	31. 12. 50	31. 3. 51
	1	2	3	4	5
Zentralbanksystem					
Bank deutscher Länder ¹⁾ ..	5 057,2	5 137,3	5 215,6	5 328,3	5 289,2
Landeszentralbanken	2 547,3	2 609,0	2 740,7	2 987,8	2 937,9
davon:					
aus eigener Umstellung ¹⁾	2 223,7	2 226,8	2 310,5	2 471,1	2 421,8
angekaufte	323,5	382,2	430,1	516,8	516,1
Jederzeit widerruflich in Aus- gleichforderungen angelegte Gelder der öffentlichen Hand	625,0	557,0	437,0	220,0	309,0
Geschäftsbanken ²⁾	5 204,9	5 273,5	5 315,8	5 391,6	5 432,1
Bundespost ³⁾	308,9	319,2	214,4	214,2	213,8
Insgesamt	13 743,3	13 896,0	13 923,5	14 141,9	14 182,0

¹⁾ Abzüglich der zur zeitweiligen Anlage öffentlicher Gelder abgegebenen Ausgleichforderungen. — ²⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichforderungen. — ³⁾ Postsparkassen und Postscheckämter, einschl. angekaufter Ausgleichforderungen und ohne verkaufte eigene Ausgleichforderungen.

Mit diesen Ankäufen haben die Ausgleichforderungen zu einem Teil die Rolle übernommen, die im modernen Banksystem vielfach die Staatsanleihen haben, nämlich als Mittel des Geld- und Kreditausgleichs zu dienen. Bisher sind bereits Beträge in der Größenordnung von mehr als 1 Milliarde DM hierfür verwendet worden. Nach dem Stande vom 31. März 1950 ergibt sich aus der Statistik der Bank deutscher Länder, daß diese und die Landeszentralbanken zusammen 347,4 Mill. DM Ausgleichforderungen angekauft hatten. Bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1950 (31. März 1951) hat sich dieser Betrag auf 660,1 Mill. DM erhöht.

²⁾ Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken und Geschäftsbanken gemäß monatlicher Bilanzstatistik der Bank deutscher Länder.

Außerdem werden die bei der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken befindlichen Ausgleichforderungen zur zeitweiligen Anlage öffentlicher Gelder verwendet. Am 31. März 1950 war ein Höhepunkt solcher Anlagen mit 625 Mill. DM erreicht worden.

3. Ubrige Altschulden

Die aus der Reichsmarkzeit stammenden und nunmehr in DM zu führenden Inlandschulden der öffentlichen Verwaltung sind für den 31. März 1950 nur mit einem geringen Betrag ermittelt worden. Dies hängt ausschließlich damit zusammen, daß für die ehemaligen Schulden des Reichs und auch des preußischen Staates eine Verbindlichkeit des Bundes oder (für die preußischen Schulden) der Nachfolgeländer noch nicht festgelegt ist. So beschränken sich die Altverbindlichkeiten zunächst auf die 256,6 Mill. DM, die als DM-Restwert der ehemaligen Reichsmarkschulden der Länder, Hansestädte und Gemeinden verblieben sind. Ihrer Zusammensetzung nach entsprechen sie der Struktur der Kreditversorgung, die sich in den Zwischenkriegsjahren durchgesetzt hatte. Ihr Hauptteil sind die Anstaltsdarlehen, die insbesondere die Gemeinden und Hansestädte und in geringem Umfange auch die kleinen Länder, bei öffentlichen Banken, Sparkassen und Versicherungen aufgenommen haben. Ein Sonderfall hierbei ist die kommunale Umschuldung; an ihr sind zwei Länder (Nordrhein-Westfalen und Hessen) mit ehemaligen provinziellen Schulden beteiligt.

Die für die Entwicklung eines funktionsfähigen Wertpapiermarktes wichtigen öffentlichen Anleihen sind an den Altschulden nur mit dem sehr geringen Betrag von 62,7 Mill. DM beteiligt. Größere Einzelbeträge entfallen nur auf Rheinland-Pfalz und Hamburg. Da nach dem 20. Juni 1948 öffentliche Anleihen noch nicht emittiert worden sind, sind die 62,7 Mill. DM die einzigen Wertpapiere öffentlicher Emittenten, die am 31. März 1950 im Umlauf waren.

Eine zusätzliche öffentliche Altverschuldung ist aus den Umstellungsgrundschulden erwachsen. Für die Gemeinden ist der Betrag von 122,9 Mill. DM neben den übrigen Schulden ins Gewicht fallend. Von den Hansestädten hat Hamburg einen Betrag von 10,5 Mill. DM nachgewiesen. Für Bremen fehlt eine Angabe. Für die Länder ist der Betrag so unwichtig, daß er — wie überhaupt die Hypothekenschulden — nicht ermittelt worden ist.

4. Die Neuverschuldung

Die seit der Geldumstellung vom 20. Juni 1948 aufgenommenen Schulden haben bis zum 31. März 1950 bereits einen Betrag von fast 1½ Milliarde DM erreicht. Rechnet man dazu noch die Schulden aus öffentlichen Mitteln, d. h. die Schulden der Gebietskörperschaften untereinander, so ergibt sich bereits für den 31. März 1950 ein Gesamtbetrag der Neuverschuldung in Höhe von fast 1,7 Milliarden DM. Im Verhältnis zu dem hohen Umfang der aus der Durchführung der Geldumstellung entstandenen Schulden (Ausgleichforderungen) ist die Neuverschuldung gering; aber angesichts des kurzen Zeitraums, in dem sie angewachsen ist, ist sie immerhin beachtlich hoch.

Vornehmlich 3 Ursachen haben das Entstehen der Neuverschuldung ausgelöst:

- a) Am höchsten ist — mit 636,1 Mill. DM — die Neuverschuldung beim Bund. Sie entstand aus der Notwendigkeit, den vorläufigen Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1949 zu decken und die Investitionsausgaben vorzufinanzieren.
- b) Auf der Länderebene haben einige Länder aus den gleichen Gründen wie der Bund in größerem Umfang Schulden aufgenommen; hierzu gehören mit größeren Beträgen vor allem Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen.
- c) Die Gemeinden haben schon im Rechnungsjahr 1949 einen beachtlichen Teil ihrer Investitionen, besonders in ihren Betrieben und im Wohnungsbau, durch Aufnahme langfristiger Kreditmitteln finanzieren können. Außerdem haben sie für die gleichen Zwecke über 100 Mill. DM von ihren Ländern in Darlehnsform erhalten.
- d) Dagegen kommt die bei den Hansestädten bis zum 31. März 1950 günstige Finanzlage (hohe Einnahmen aus den am 1. April 1950 auf den Bund übergegangenen Steuern) darin zum Ausdruck, daß hier die Neuverschuldung trotz umfangreicher Investitionen nur gering ist.

Die Gliederung dieser Neuverschuldung nach Art der Schulden veranschaulicht die Struktur der gegenwärtigen Kreditversorgung; die Inhaberschuldverschreibung, das auch in den Zwischenkriegsjahren wenigstens noch für Reich und Länder wichtige Kreditbeschaffungsmittel, fehlt unter den Schuldformen der Gegenwart völlig. Das Fehlen eines umfassenden Wertpapiermarktes, der sich auf die Anlagegewohnheiten des Publikums und hier auch der Erwerbswirtschaft sowie auf die der Versicherungen und Sparkassen stützt, beherrscht Form und Umfang in der Kreditversorgung der öffentlichen Verwaltung. Damit tritt der formal kurzfristige Kredit in entscheidendem Umfang an die Stelle des auch in seiner Form langfristigen Kredits. An der Neuverschuldung der öffentlichen Verwaltung ist der Langkredit nur insoweit beteiligt, wie Darlehen der Sparkassen, Versicherungen und Pfandbriefinstitute verfügbar waren. Dies sind aber im wesentlichen die dem Kommunalkredit vorbehaltenen Kreditquellen. Langfristig sind daher — von den Kassenkrediten und einigen kurzfristigen Bankkrediten abgesehen — die Schulden der Gemeinden. Die wesentlich höhere Verschuldung des Bundes und der Länder dagegen ist durchweg kurzfristig.

Erwähnenswert ist — wenigstens im Verhältnis zum Gesamtschuldenstand vom 31. März 1950 — der hohe Anteil der Beträge, die aus dem Zentralbanksystem für die Finanzierung der Schulden des Bundes und der Länder (jedoch ohne Hansestädte) verfügbar gemacht worden sind. Diese sind zunächst durch die Verpflichtung des Bundes aufgebläht, die diesem in Höhe von 400,1 Mill. DM (nach dem Stand vom 31. März 1950) aus dem ERP-Abkommen erwachsen war. Unabhängig von diesem Betrag bestehen sie aus den Kassenkrediten, die im Rahmen der Kreditlinien den Verwaltungen des Bundes und der Länder gewährt worden sind, sowie aus den Beständen an Schatzwechseln, die die Bank deutscher Länder und die Landeszentralbanken übernommen haben. Die Länder weisen für den 31. März 1950 einen Umlauf an Schatzwechseln und unverzinslichen

Schatzanweisungen in Höhe von 168,6 Mill. DM und Kassenkredite bei den Landeszentralbanken in Höhe von 115,1 Mill. DM aus. Dazu kommen noch die Schatzwechsel des Bundes in Höhe von 236,0 Mill. DM.

7. Finanzierung der öffentlichen Verschuldung (einschl. Bundesbahn) durch das Zentralbanksystem
(nach den Monatsausweisen des Zentralbanksystems)
— Mill. DM —

Stichtag	Vorschüsse an		Schatzwechsel ¹⁾	Zusammen
	Bund 1	Länder 2		
31. März 1949	—	38,4	35,3	73,7
30. Juni 1949	—	78,2	101,6	179,8
30. September 1949	—	57,4	160,9	218,3
31. Dezember 1949	—	86,5	233,7	320,2
31. März 1950	— ²⁾	101,9	228,3	330,2
30. Juni 1950	632,2	87,4	218,3	937,9
30. September 1950	597,3	85,8	297,7	980,8
31. Dezember 1950	637,5	141,9	330,3	1 109,7
31. März 1951	282,1	124,6	238,7	645,4

¹⁾ Einschl. Bundesbahn. — ²⁾ Ohne die 400,1 Mill. DM aus dem ERP-Abkommen.

Die durch das Zentralbanksystem finanzierte öffentliche Verschuldung ist erst in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1949 stärker angewachsen. Im Rechnungsjahr 1950 ist sie — vor allem durch den Geldbedarf des Bundes — erheblich gestiegen und hat am Schluß des Kalenderjahres 1950 den Betrag von 1 Milliarde überschritten. Der Gesamtumfang der vom Zentralbanksystem finanzierten öffentlichen Schulden wird vom Beginn des Rechnungsjahres 1951 an in erster Linie durch die dem Bund gewährten Kassenkredite bestimmt. Im Verhältnis zu diesen sind die Kassenkredite, die einige Länder bei ihren Zentralbanken aufgenommen haben, nur gering; nur um die Wende des Kalenderjahres 1950 auf 1951 hatten sie größeren Umfang angenommen.

Der Umfang der vom Zentralbanksystem finanzierten öffentlichen Verschuldung wird aber gleichzeitig von den Mitteln bestimmt, die die Bank deutscher Länder den Bundesverwaltungen (Bundesbahn) zur Verfügung gestellt hat. Insbesondere besteht ihr Schatzwechsel-Portefeuille weitgehend aus den kurzfristigen Papieren der Bundesbahn.

Dagegen waren die vom Bund begebenen Schatzwechsel zeitweise überhaupt nicht im Zentralbanksystem verblieben, sondern restlos am Geldmarkt, zu meist also bei den Banken, untergebracht. Diese Schatzwechsel des Bundes haben also bereits die Funktion übernommen, die im modernen Geld- und Kreditsystem ganz allgemein den kurzfristigen Staatspapieren zukommt, nämlich den Banken als Mittel der liquiden Geldanlage zu dienen.

Die bankmäßige Finanzierung der öffentlichen Verschuldung hat in der Zeit nach dem Kriege ihre Bedeutung behalten. An der durch die Erhebung über den Schuldenstand vom 31. März 1950 festgestellten Neuverschuldung sind die Geschäftsbanken einschließlich der Sparkassen mit den 140,1 Mill. DM bankmäßigen Schulden der Gemeinden beteiligt; auch deren Kassenkredite (27,3 Mill. DM) dürften fast ausschließlich aus den Banken und Sparkassen stammen. Der Anteil der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Schulden erweitert sich vor allem durch die von ihnen zur liquiden Anlage übernommenen Schatzwechsel des Bundes.

8. Unterbringung der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesverwaltungen und der Länder¹⁾

— Mill. DM —

Stichtag	Bank deutsch. Länder	Landes- zentral- banken	Ge- schäfts- banken ²⁾	Bundes- post ³⁾	Zu- sammen
	1	2	3	4	5
31. März 1950	19,4	208,9	431,2	112,7	772,2
30. Juni 1950	56,9	161,4	517,5	112,7	848,5
30. September 1950	162,8	134,9	410,4	232,7	940,8
31. Dezember 1950	171,7	158,6	276,5	367,0	973,8
31. März 1951	78,4	160,4	326,1	392,3	957,2

¹⁾ Nach der monatlichen Bankenstatistik der Bank deutscher Länder. —
²⁾ Einschließlich sonstiger Wechsel öffentlich-rechtlicher Körperschaften. —
³⁾ Anlage der Postscheckgelder und Postspareinlagen.

Die öffentliche Neuverschuldung der Gegenwart erhält aber weiterhin ihr Gepräge durch ihre Finanzierung durch öffentliche Gelder verschiedener Art. Am 31. März 1950 entfiel der größte solcher Beträge auf die Schulden, die einzelne Länder beim Arbeitsstock hatten. In wachsendem Maße sind dann Mittel der Bundespost (zumeist durch Übernahme von Schatzwechseln) den Ländern und später auch dem Bund zur Verfügung gestellt worden. Hierbei handelt es sich hauptsächlich (später aber nicht mehr ausschließlich) um die Anlage der Postscheck- und -spargelder. Schließlich sind die dem Hauptamt für Soforthilfe zeitweilig verfügbaren Mittel dem Bund kurzfristig zur Verfügung gestellt worden.

C. Die Schulden von Bund und Ländern

(hierzu Tabelle 2)

1. Die Schulden des Bundes

Nach dem Stand vom 31. März 1950 setzten sich die Schulden des Bundes nur aus vier Posten zusammen: Ausgleichforderungen gegenüber der Bank deutscher Länder in Höhe von 4 918,6 Mill. DM, den in Höhe von 579,1 Mill. DM der Bank deutscher Länder gegebenen Schuldverschreibungen, die der Ausstattung Berlins mit Geld dienten, 400,1 Mill. DM Verbindlichkeiten gegenüber der Bank deutscher Länder aus dem ERP-Abkommen und den 236 Mill. DM am Geldmarkt gegebenen Schatzwechseln.

Am Beginn des Rechnungsjahres 1950 erhöhten sich diese Verbindlichkeiten um die 570,4 Mill. DM Verpflichtungen, die die Länder der französischen Zone gegenüber der Bank deutscher Länder hatten. Andererseits wurde die aus dem ERP-Abkommen entstandene Verbindlichkeit abgedeckt, und zwar überwiegend dadurch, daß die Bank deutscher Länder Bundesbahn-Anleihe aus dem Portefeuille des Bundes übernahm.

Wie schon mehrfach betont, sind in dem vorgenannten Stand der Schulden diejenigen Altverbindlichkeiten, die noch nicht geregelt sind, aber mit irgendwelchen Beträgen auf den Bund zukommen werden, nicht enthalten. Ein kleinerer Posten hiervon sind die — in den monatlichen Ausweisen über den Stand der Bundesschuld nur anmerkungsweise, aber nicht betragsmäßig erwähnten — Ausgleichforderungen für die Umstellung der Postspar- und Postscheckgelder. Deren Betrag wird zur Zeit nichtamtlich auf etwas über 100 Mill. DM geschätzt. In ihrer Größenordnung sind vorläufig die Verbindlichkeiten nicht zu benennen, die aus der Übernahme der ehemaligen Auslandsschulden des Reiches (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Kreuger-Anleihe usw.) herauskommen werden.

Unabhängig von diesen Altverbindlichkeiten hat sich die Schuld des Bundes im Verlauf des Rechnungsjahres 1950 stark erhöht. Ihre Entwicklung ist aus den monatlichen Ausweisen des Bundesfinanzministeriums bekannt. Zur Ergänzung des hier gegebenen Standes der Bundesschuld vom 31. März 1950 sind folgende, den monatlichen Nachweisungen über den Schuldenstand entnommene Angaben über die schwebende Schuld des Bundes zu beachten.

9. Die Entwicklung der schwebenden Schuld des Bundes im Rechnungsjahr 1950

— Mill. DM —

Art der Schulden	31. 3. 1950	30. 6. 1950	30. 9. 1950	31. 12. 1950	31. 3. 1951
	1	2	3	4	5
Kredite bei der Bank deutscher Länder					
a) aus dem ERP-Abkommen	400,1	—	—	—	—
b) Betriebskredit	—	638,4	597,3	578,4	202,8
Kredit vom Soforthilfamt	—	200,0	200,0	300,0	300,0
Schatzwechsel	236,0	336,4	600,2	498,6	457,9
Unverzinsliche Schatzanweisungen	—	—	—	—	196,2
Summe der schwebenden Schuld	636,1	1 174,8	1 397,5	1 377,0	1 156,8

Nach den Angaben des Bundesfinanzministeriums³⁾ ist die am 31. März 1951 noch bestehende schwebende Schuld des Bundes für folgende Verwendungen in Anspruch genommen worden:

	Mill. DM
Fehlbetrag 1949	243,8
Minderablieferungen der deutschen Bundesbahn im Rechnungsjahr 1950	174,0
Kredithilfe Berlin	62,0
Kassenkredite an verschiedene Länder	79,4
Einzahlungsrückstände auf ERP- und Garioa-Konten	126,0
Betriebsmittelkredite für Salzgitter und Branntweinmonopol	14,4
Vorgriff auf die Eingänge aus Bundessteuern und Anleiheerlösen	457,2
Zusammen	1 156,8

Die Zunahme der kurzfristigen Verschuldung fällt ausschließlich in die erste Hälfte des Rechnungsjahres. Der dann einsetzende Rückgang geht gleichzeitig mit einer Umschichtung in den Quellen der Finanzierung parallel. Vor allem seit Beginn des Kalenderjahres 1951 ist die unmittelbare Inanspruchnahme der Bank deutscher Länder stark abgebaut worden; unverzinsliche Schatzanweisungen sind vom Markt aufgenommen worden.

³⁾ Vgl. Bundesanzeiger Nr. 86 v. 8. 5. 1951. S. 6.

2. Die Schulden der Länder

Die Länder (einschließlich der Hansestädte) sind — wie bereits betont — gegenwärtig noch am stärksten an der Verschuldung der öffentlichen Verwaltung beteiligt, denn sie hatten die Verbindlichkeiten aus den Ausgleichforderungen der Banken, Sparkassen und Versicherungen und auch der Landeszentralbanken zu übernehmen, die der Deckung des erhalten gebliebenen Restwertes der Bank- und Spareinlagen und Versicherungsansprüche dienen.

10. Inlandschulden der Länder am 31. März 1950

— DM je Einwohner —

Land	Aus der Geldumstellung entstandene Schulden ¹⁾	Bis zum 20. 6. 48 entstandene Schulden aus Kreditmarktmitteln	Seit 21. 6. 48 aufgenommene Schulden aus öffentlichen Mitteln	Schulden aus öffentlichen Mitteln	Inlandschulden zusammen	
					einschl.	ohne
					Ausgleichforderungen	
1	2	3	4	5	6	
Schleswig-Holstein	151,39	0,78	51,39	15,96	219,52	68,13
Niedersachsen	191,60	0,94	10,60	1,85	204,99	13,39
Nordrhein-Westfalen	202,40	0,28	0,62	0,02	203,32	0,92
Hessen	224,78	0,65	26,50	4,84	256,77	31,99
Württemberg-Baden	323,20	0,27	3,63	0,01	327,11	3,91
Bayern	229,80	0,76	15,37	—	245,93	16,13
Rheinland-Pfalz	229,85	7,57	12,47	—	249,89	20,04
Baden	212,04	3,90	30,70	11,90	258,54	46,50
Württemberg-Hohenzollern	235,72	5,77	4,30	—	245,79	10,07
Kreis Lindau	233,05	—	—	—	233,05	—
Durchschnitt (Länder)	218,62	1,25	12,58	2,04	234,49	15,87
Hamburg	580,24	29,07	0,45	1,13	610,89	30,65
Bremen	397,41	12,53	31,52	2,91	444,37	46,96
Durchschnitt (Hansestädte)	532,88	24,78	8,50	1,59	567,75	34,87

¹⁾ Ohne die am 1. 4. 1950 auf den Bund übergegangenen Verbindlichkeiten der Länder der französischen Zone.

Die teilweise recht erheblichen Unterschiede, die — bezogen auf die Zahl der Einwohner — in der Höhe der Verschuldung zwischen den einzelnen Ländern bestehen, sind zunächst, und ins Gewicht fallend, durch das verschiedene Maß der Ausgleichverpflichtungen bestimmt. Soweit Sparkassen, Kreditgenossenschaften und andere regionale Kreditinstitute ausgleichsberechtigt waren, wirkt sich die am Stichtag der Geldumstellung recht unterschiedliche Verteilung der Spareinlagen und Bankdepósitos der Verbrauchswirtschaft auch auf die unterschiedliche Höhe der entsprechenden Verschuldung der einzelnen Länder aus. So haben, da die Heimatvertriebenen ihre Spareinlagen und Bankguthaben ja im Austreibungsgebiet gelassen haben, die Flüchtlingsländer eine verhältnismäßig niedrige Verschuldung aus Ausgleichforderungen. Auch die in der Reichsmarkzeit anfänglich sehr heftige Verlage-

rung der Konsumenten-Reserven aus den städtischen Bereichen in die landwirtschaftlichen Überschußgebiete kommt in der unterschiedlichen Verschuldung der einzelnen Länder aus Ausgleichforderungen zum Ausdruck. Sie liegen daher in Nordrhein-Westfalen unter und in Bayern trotz der durch die Flüchtlinge aufgeblähten Bevölkerungszahl über dem Bundesdurchschnitt.

Wichtig für die Höhe der Ausgleichforderungen ist aber auch die regionale Verteilung des Bankapparats. So dürften Hamburg, Bremen und Hessen durch den Sitz überregionaler Banken sowie Württemberg-Baden und Bayern durch die Zusammenballung der Hypothekenbanken in stärkerem Maße als die übrigen Länder durch Ausgleichverbindlichkeiten belastet sein.

Die übrige vor dem 20. Juni 1948 entstandene Altverschuldung ist nur in den Hansestädten und ferner in den Ländern der französischen Zone von größerer Bedeutung. Besonders in Rheinland-Pfalz macht der Aufwertungsbetrag der seinerzeit für die Finanzierung der Besatzungskosten untergebrachten Schatzanweisungen eine größere Summe aus.

Neben der Altverschuldung ist, wie bereits erwähnt, bei den Ländern nach der Geldumstellung eine Neuverschuldung entstanden, die bis zum 31. März 1950 den Betrag von einer halben Milliarde bereits überschritten hatte. Sie ist auf eine geringe Zahl von Ländern beschränkt und hier durch die — auch durch den horizontalen Finanzausgleich nicht beseitigte — ungünstige Finanzlage und nicht in allen Fällen durch die Finanzierung von Investitionen ausgelöst worden.

Mit dem absolut (181,4 Mill. DM) und im Verhältnis zur Bevölkerung (67,35 DM je Einwohner) höchsten Betrag steht Schleswig-Holstein an erster Stelle unter den neuverschuldeten Ländern. Die ungünstige Finanzlage kommt hier vor allem in den 101,5 Mill. DM Rückständen beim Arbeitsstock für nicht erstattete Arbeitslosenfürsorge zum Ausdruck. Der zweithöchste Schuldposten ist der vom Bund gewährte Kredit, der am 31. März 1950 mit 43 Mill. DM ausstand.

Mit dem absoluten Betrag hat auch Bayern eine bemerkenswert hohe Neuverschuldung. Hier fallen die bereits erwähnten, zumeist bei den Landeszentralbanken rediskontierten Schatzwechsel (100 Mill. DM) und der Kassenkredit bei der eigenen Landeszentralbank ins Gewicht.

Von den übrigen Ländern haben noch Baden und Hessen eine im Verhältnis zur Bevölkerung beachtlich hohe Neuverschuldung.

11. Die Schulden der Länder vom 31. März 1949 bis 31. März 1951¹⁾

— Mill. DM —

Art der Schuld	31. 3. 1949	30. 6. 1949	30. 9. 1949	31. 12. 1949	31. 3. 1950	30. 6. 1950	30. 9. 1950	31. 12. 1950	31. 3. 1951
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Fundierte Schuld									
Ausgleichforderungen	10 423,0	10 423,0	10 423,0	10 423,0	11 379,2 ²⁾	11 426,1 ²⁾	11 573,8 ²⁾	11 139,5	11 775,6
Sonstige Inlandschulden	50,0	50,0	50,0	50,0	376,5 ²⁾	445,8 ²⁾	572,7 ²⁾	828,0 ²⁾	1 081,9 ²⁾
Auslandschulden ³⁾	107,1	107,1	123,3	123,3	144,2 ²⁾	144,2 ²⁾	145,0 ²⁾	144,7 ²⁾	144,7 ²⁾
Summe der fundierten Schuld (A)	10 580,1	10 580,1	10 596,3	10 596,3	11 899,9	12 016,1	12 291,5	12 112,2	13 002,2
B. Schwebende Schuld									
Schatzwechsel	—	—	—	—	31,6	36,3	51,0	196,6	158,4
Bankkredite	98,4	162,6	268,9	344,5	183,3	157,8	185,5	151,9	136,9
Sonstige	—	—	—	—	250,3	222,0	308,5	409,7	513,8
Summe der schwebenden Schuld (B)	98,4	162,6	268,9	344,5	465,2	416,1	545,0	758,2	809,1
Schuldenstand insgesamt (Summe A und B)	10 678,5	10 742,7	10 865,2	10 940,8	12 365,1	12 432,2	12 836,5	12 870,4	13 811,3

¹⁾ Nach Zusammenstellungen des Bundesfinanzministeriums. — ²⁾ Einschl. 60,1 Mill. DM Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld. — ³⁾ Einschl. 146,7 Mill. DM Anteil am Fehlbetrag der britischen Zone. — ⁴⁾ Umgerechnet auf DM. — ⁵⁾ Einschl. 21,0 Mill. DM für Zinsen der Auslandschulden der Hansestadt Hamburg.

Ebenso wie beim Bund haben sich auch bei den Ländern (einschl. Hansestädte) die Schulden im Rechnungsjahr 1950 merklich erhöht. Nach den Zusammenstellungen, die das Bundesfinanzministerium vierteljährlich aus Meldungen der Länder fertigt, die aber mit der Methodik der amtlichen Schuldenstatistik noch nicht voll vergleichbar sind, haben die Länderschulden bis zum 31. März 1951 um weitere 1½ Milliarden DM zugenommen.

Zu einem Teil ist daran der weitere Fortgang der Geldumstellung und die Mehranforderung von Ausgleichforderungen beteiligt. Davon abgesehen entspricht die Zunahme der Verschuldung wohl weitgehend der Verschlechterung der Finanzlage der Länder.

Trotz wachsender Verschuldung aber ist die Inanspruchnahme des Zentralbanksystems durch die Länder bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1950 leicht gesunken. Öffentliche Stellen und die Geschäftsbanken

dürften den Hauptteil der Neuverschuldung des Rechnungsjahres 1950 finanziert haben.

12. Anlage der Landeszentralbanken¹⁾ in Schatzwechseln und Kassenkreditern der Länder

— Mill. DM —

Landeszentralbank	Schatzwechsel			Kassenkredit		
	Stand am 31. März					
	1949	1950	1951	1949	1950	1951
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein . . .	—	10,0	11,6	—	1,5	9,0
Niedersachsen	—	—	10,6	—	13,8	10,4
Nordrhein-Westfalen . .	—	—	—	—	—	—
Hessen	—	30,0	42,4	—	21,2	30,7
Württemberg-Baden . .	—	—	—	—	—	—
Bayern	—	85,0	1,2	—	30,5	45,5
Rheinland-Pfalz	—	—	1,5	20,0	17,9	13,0
Baden	—	—	—	13,0	13,0	16,0
Württemberg-Hohen-						
zollern	0,3	—	—	5,4	4,2	—
Hamburg	—	—	16,0	—	—	—
Bremen	—	5,0	—	—	—	—
Zusammen	0,3	130,0	83,4	38,4	102,0	124,6

¹⁾ Nach den Monatsausweisen der Landeszentralbanken.

D. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

1. Gesamtbetrag der Alt- und Neuschulden

(hierzu Tabellen 4 a und 4 b)

Durch die für den 31. März 1950 durchgeführte Erhebung ist erstmalig in der Zeit nach der Geldumstellung vom 20. Juni 1948 die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Bundesgebiet festgestellt worden. Ohne die Auslandsschulden belaufen sich diese am genannten Stichtag auf 665,4 Mill. DM. Für die Auslandsschulden war ein DM-Wert von 90,3 Mill. (allerdings ohne die badischen Gemeinden) ermittelt worden (vgl. Statistischer Bericht VII/5/3 v. 18. Januar 1951).

Zu einem sehr beachtlichen Teil, nämlich fast zur Hälfte, wird die gegenwärtige Höhe der kommunalen Verschuldung durch den Restwert der ehemaligen Reichsmarkschulden bestimmt. Trotz der Abwertung im Verhältnis 10 zu 1 und trotz der in den letzten Jahren vor der Geldumstellung sehr starken Tilgung machen diese Altschulden noch 187,7 Mill. DM aus. Dazu kommen vor allem noch die Umstellungsgrundschulden, durch die sich der Gesamtbetrag der Altschulden auf 310,7 Mill. DM erhöht.

Die seit der Geldumstellung vom 20. Juni 1948 von den Gemeinden und Gemeindeverbänden neu aufgenommenen auf DM lautenden Schulden haben bis zum 31. März 1950 bereits einen Betrag von 354,7 Mill. DM erreicht. Einen sehr starken Anteil an dieser Neuverschuldung haben die Zuweisungen, die die Länder ihren Gemeinden in Darlehnsform gegeben haben. Einschließlich der hierunter verbuchten Darlehen aus ECA-Geldern sind die Schulden aus öffentlichen Mitteln mit 109,3 Mill. DM am Gesamtbetrag der kommunalen Verschuldung nach dem Stand vom 31. März 1950 beteiligt.

Der Anteil der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände an dieser Gesamtverschuldung ist sehr unterschiedlich. Das wirkt sich stark auch in der regionalen Verteilung der Schulden aus. Der absolut höchste Betrag der kommunalen Verschuldung

entfällt naturgemäß auf die Gemeinden der großen Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen. Die eigentliche Unterschiedlichkeit in der Höhe der Verschuldung tritt aber in Erscheinung, wenn man sie zur Zahl der Einwohner der einzelnen Länder in Beziehung setzt.

13. Regionale Verteilung der kommunalen Schulden

— DM je Einwohner¹⁾ —

Land	Kommunale Schulden ²⁾		
	Zusammen	davon	
		bis 20. 6. 1948 entstanden	seit 21. 6. 1948 aufgenommen
	1	2	3
Schleswig-Holstein	19,32	4,12	15,20
Niedersachsen	11,61	4,05	7,56
Nordrhein-Westfalen	15,95	11,19	4,77
Hessen	10,71	7,16	3,55
Württemberg-Baden	16,24	1,72	14,52
Bayern	12,32	5,05	7,27
Rheinland-Pfalz	19,42	13,09	6,33
Baden	26,41	2,73	23,68
Württemberg-Hohenzollern	10,63	1,05	9,57
Kreis Lindau	54,35	8,58	45,77
Bundesgebiet	14,71	6,87	7,84

¹⁾ Bevölkerungszahl am 30. 6. 1949. — ²⁾ Ohne Auslandsschulden.

Im Durchschnitt des Bundesgebiets macht die kommunale Verschuldung knapp 15 DM je Einwohner aus. Im Vergleich hiermit fällt die kommunale Verschuldung in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden mit einer weit über diesen Durchschnitt hinausgehenden relativen Höhe auf. Andererseits haben im Verhältnis zur Einwohnerzahl die kommunalen Körperschaften in Niedersachsen, Hessen und Württemberg-Hohenzollern eine besonders niedrige Verschuldung.

Sehr erheblich sind vor allem die Unterschiede zwischen den vor und den nach der Geldumstellung entstandenen Schulden. Im Bundesdurchschnitt machen, wie erwähnt, die aus der Reichsmarkzeit verbliebenen Schulden knapp die Hälfte der Gesamtverschuldung aus. In drei Ländern dagegen, nämlich in Hessen und

vor allem in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz, sind die Gemeinden in einem weit über dem Durchschnitt liegenden Maße mit Schulden belastet, die noch aus der Zeit vor der Geldumstellung stammen. Hier sind die Altschulden beträchtlich höher als die seit 1948 aufgenommenen Neuschulden. In Rheinland-Pfalz ist dies auf den besonders hohen Betrag der Umstellungsgrundschulden (24,3 Mill. DM) zurückzuführen. In Nordrhein-Westfalen sind die Gemeinden stärker mit den Resten der ehemaligen Verpflichtungen an den Umschuldungsverband (aus der in den Jahren 1933 bis 1935 durchgeführten Fundierung der kurzfristigen Schulden) belastet.

Sehr ungleichmäßig ist auch die seit 1948 entstandene Neuverschuldung verteilt. Im Verhältnis zur Bevölkerung fallen hier Württemberg-Baden, Schleswig-Holstein und vor allem Baden mit einer den Bundesdurchschnitt stark übersteigenden Höhe der Schulden auf. In Württemberg-Baden und ganz besonders in Schleswig-Holstein ist der hohe Stand der kommunalen Neuverschuldung durch die in Darlehnsform den Gemeinden zugeflossenen öffentlichen Mittel stark beeinflusst. In Baden dagegen haben die Gemeinden in einem — besonders im Verhältnis zur Bevölkerungszahl — bemerkenswert starken Umfang Kreditmarktmittel erhalten.

14. Die kommunalen Schulden nach Art der Gebietskörperschaften
— DM je Einwohner ¹⁾ —

Verwaltungsform Größenklasse	Kommunale Schulden ²⁾		
	Zu- sammen	Bis 20. 6. 48 ent- standen	Seit 21. 6. 48 auf- genommen
	1	2	3
Stadtkreise	28,70	15,41	13,29
Kreisangehörige Gemeinden			
über 10 000 Einwohner	14,45	6,14	8,32
mit 3 001 bis 10 000 Einwohner	8,91	2,75	6,17
bis 3 000 Einwohner und Ämter	2,77	0,75	2,02
Zusammen	6,64	2,33	4,32
Landkreise	1,44	0,54	0,90
Bezirksverbände	0,23	0,07	0,16
Gemeinden (Gv.) insgesamt	14,71	6,87	7,84

¹⁾ Bevölkerungszahl am 30. 6. 49. — ²⁾ Ohne Auslandsschulden.

Die schon für die Zeit vor dem Kriege gemachte Beobachtung, daß die Verschuldung stärker wächst als die Einwohnerzahl, wird auch durch den gegenwärtigen Stand der kommunalen Schulden bestätigt. An der gesamten Verschuldung sind die Stadtkreise, obwohl sie nur über ein Drittel der Einwohnerzahl des Bundesgebiets verfügen, mit fast zwei Dritteln (nämlich mit 410,6 Mill. DM) beteiligt. Besonders hoch ist ihr Anteil an den vor der Geldumstellung von 1948 entstandenen Schulden. Im Verhältnis zur Bevölkerung machen die Schulden der Stadtkreise 29 DM je Einwohner aus gegenüber nur 7 DM je Einwohner in den kreisangehörigen Gemeinden.

Im Bereich der kleinen Gemeinden selbst bestätigt sich auch im Schuldenstand der Gegenwart die Regel, daß — ebenso wie das Gesamtniveau der Ausgaben und Einnahmen — die Verschuldung mit der Höhe der Einwohnerzahl progressiv steigt. Am 31. März 1950 ist die je Einwohner berechnete kommunale Verschuldung bei den größeren Gemeinden (über 10 000 Einwohner) mehr als fünfmal so hoch als bei den kleinen Landgemeinden (unter 3000 Einwohner).

2. Die Quellen des Kommunalkredits

Die Gliederung der kommunalen Verschuldung auch nach dem Stande vom 31. März 1950 bestätigt erneut den besonderen Charakter, den der Kommunalkredit in Deutschland bereits in der Zeit zwischen den beiden Kriegen angenommen hat. Die Inhaberschuldverschreibung, ursprünglich die wichtigste Kreditform der öffentlichen Körperschaften, hatte schon nach 1923 erheblich an Bedeutung für die Deckung des kommunalen Kreditbedarfs verloren. Sie war im wesentlichen auf die Großstädte, und zwar vor allem auf deren unmittelbare Auslandsanleihen beschränkt geblieben. Seit 1948 ist noch keine Anleihe unmittelbar in Form von Inhaberschuldverschreibungen emittiert worden. Nur von den Anleihen der Reichsmarkzeit ist ein Restbetrag im Umlauf geblieben, der sich nach der Umstellung auf 9,3 Mill. DM beläuft. Hieran sind die Stadtkreise mit 8,9 Mill. DM beteiligt.

Die Hauptform des Kommunalkredits ist noch stärker als vor dem Krieg das langfristige Tilgungsdarlehen. Die Hauptquelle des Kommunalkredits bleiben daher diejenigen Kreditinstitute, für die entsprechend der Langfristigkeit ihrer fremden Mittel Hypotheken und Kommunalanleihen wichtigste Anlageformen sind; das sind die Sparkassen, Pfandbriefinstitute, Lebensversicherungen und Träger der Sozialversicherung.

Entsprechend dieser Entwicklung, die sich schon in der Vorkriegszeit durchgesetzt hatte, entfällt (mit 82,6 Mill. DM) der Hauptanteil der aus der Reichsmarkzeit verbliebenen Schulden, soweit sie aus Kreditmarktmitteln stammen, auf die Darlehen seitens der Träger des langfristigen Anstaltkredits. Die Restverpflichtungen aus der Umschuldung der Kurzkredite von 1934 bis 1936 erhöhen den Anteil des langfristigen Anstaltkredits um weitere 57,4 Mill. DM.

Nach der Geldumstellung von 1948 hat die Lage am Kapitalmarkt den Kommunalkredit noch stärker in die Form des Anstaltkredits gedrängt. Die mangelnde Aufnahmewilligkeit des Publikums für Wertpapiere, verbunden mit einer bei Banken, Sparkassen und Versicherungen sich bemerkbar machenden Abwendung von der Wertpapieranlage, unterband unmittelbare Emissionen der kommunalen Körperschaften. Ebenso wie für die übrige Wirtschaft wurde auch für die Kommunen der organisierte Realkredit die fast einzige Kapitalbeschaffungsquelle. So sind — selbst unter Ausschluß der fast völlig bankmäßig finanzierten Kassenkredite — Darlehen der Banken, Sparkassen und Versicherungen an den seit der Geldumstellung aufgenommenen Kreditmarktschulden mit 195,5 Mill. DM, d. h. mit vier Fünfteln, beteiligt.

Zugleich hat sich der Kreis der Geldgeber, die für den Kommunalkredit zur Verfügung standen, offensichtlich verengt. Nach dem Stand vom 31. März 1950 hat sich die kommunale Verschuldung noch einseitiger, als dies vor dem Kriege der Fall war, auf die eigene öffentliche Kreditorganisation, nämlich auf die Sparkassen (35,4 Mill. DM) und die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten (92,2 Mill. DM) zusammengedrängt. Neben diesen haben nur die Versicherungen als Geldgeber des Kommunalkredits Bedeutung behalten; wieviel von den 55,5 Mill. DM Darlehen der Versicherungen auf die Sozialversicherungen einerseits, auf die Lebensversicherungen andererseits entfallen, ist durch die Erhebung von 1950 nicht festgestellt worden.

Neben den 195,5 Mill. DM Anstaltendarlehen sind die übrigen Kreditmarktschulden nur mit 22,6 Mill. DM beteiligt. Für die Landgemeinden haben die Hypotheken als Kreditform und die privaten Gläubiger als Kreditquelle auch für die Gegenwart noch eine größere Bedeutung als für die Stadtkreise, denen offensichtlich der Kredit der Banken und Versicherungen stärker zur Verfügung steht.

Die Besonderheit der kommunalen Verschuldung der Vorkriegszeit, die Schulden aus öffentlichen Mitteln, findet in der gegenwärtigen kommunalen Verschuldung ihren Niederschlag zunächst in den 28,6 Mill. DM, die als DM-Wert von den ehemaligen Reichsmarkverbindlichkeiten nach der Umstellung 10 zu 1 verblieben sind. Es sind dies die Reste der verschiedenen Reichs- und Länderkredite, die die Gemeinden vor allem für den Wohnungsbau erhalten hatten, sowie der von den Gemeinden selbst investierten Hauszinssteuermittel.

Innerhalb der nach der Geldumstellung entstandenen Neuverschuldung haben die Schulden aus öffentlichen Mitteln (mit 109,3 Mill. DM = rd. 30 vH) eine noch größere Bedeutung. Sie sind in erster Linie Niederschlag der durch die Länder finanzierten kommunalen Investitionstätigkeit; vor allem auf dem Gebiet des Wohnungs- und Straßenbaus, z. T. auch des Schulbaus, sind diese Zuweisungen der Länder in Darlehnsform gegeben worden.

Zu den öffentlichen Mitteln rechnen auch die Darlehen, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (bzw. Finag in der französischen Zone) aus ERP-Mitteln (Gegenwert der Marshallplan-Lieferungen) den Gemeinden zugeflossen sind. Der zahlenmäßige Anteil dieser ERP-Kredite ist für 1950 nicht ermittelt worden. Er kann aber am 31. März 1950 noch nicht hoch gewesen sein. Für Verwendungszwecke, die z. T. im kommunalen Bereich liegen, sind bis 31. März 1950 an ERP-Mitteln durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und durch die Finag ausgelegt worden: für Elektrizitätswirtschaft 288,5 Mill. DM, Wohnungsbau 53,9 Mill. DM, Gas und Wasser 18,4 Mill. DM und Straßenbahnen 1,7 Mill. DM.

Der Umfang der Schulden aus öffentlichen Mitteln ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Den absolut und damit auch im Verhältnis zur Bevölkerung höchsten Betrag solcher Verbindlichkeiten haben die Gemeinden in Schleswig-Holstein. Sonst sind in der absoluten Höhe größere Schulden dieser Art von den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Bayern und Niedersachsen nachgewiesen worden.

3. Laufzeit der Schulden (hierzu Tabellen 4 c und 4 d)

Zwischen der Entwicklung der kommunalen Verschuldung in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg und der Gegenwart besteht ein bemerkenswerter Unterschied. In den Jahren nach der Währungsreform hatten sich die kommunalen Körperschaften ebenso wie die übrige Wirtschaft weitgehend kurzfristig verschuldet. Diese Kurzkredite waren schließlich in den Jahren 1934 bis 1936 durch die kommunale Umschuldung zwangsfinanziert worden.

In der Gegenwart dagegen ist die kommunale Verschuldung ganz überwiegend langfristig. Dies gilt zunächst schon für den Gesamtbetrag der aus der Zeit vor der Geldumstellung verbliebenen Schulden. Aber

auch unter den seit Juni 1948 neu aufgenommenen Schulden spielen die kurzfristigen Verbindlichkeiten keine bedeutende Rolle. Als mittelfristig, d. h. mit einer Laufzeit von 6 Monaten bis 4 Jahren, sind nur 32,3 Mill. DM bezeichnet worden. Die kurzfristigen Kredite, mit einer Laufzeit von weniger als 6 Monaten, beschränken sich, von den Kassenkrediten abgesehen, auf einen Betrag von 5,2 Mill. DM. Es fällt auf, daß die kreisangehörigen Gemeinden einen besonders hohen Teil ihrer Schulden als kurzfristig bezeichnet haben. Insbesondere ist dies in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern der Fall.

4. Die Verwendung der Neuverschuldung

(hierzu Tabellen 6 a bis 6 g)

Die für den Stand der Schulden am 31. März 1950 ermittelte Verwendung bestätigt, in wie starkem Maße die gegenwärtige Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände der finanzielle Niederschlag der kommunalen Investitionen der letzten Jahre und ihrer Besonderheiten ist.

Die Verwendung der Schulden ist für einen Gesamtbetrag von 290,3 Mill. DM Neuverschuldung ermittelt worden. Hierin fehlen die Angaben für Schleswig-Holstein; außerdem sind die Kassenkredite — entsprechend ihrer besonderen Zweckbestimmung — nicht in die Zusammenfassung einbezogen worden.

Der kommunale Kapitalbedarf ist nach 1948 am stärksten bei den wirtschaftlichen Unternehmen aufgetreten — und hier auch am stärksten gedeckt worden. Mit den 100,7 Mill. DM Schulden, die für die kommunalen Betriebe verwendet wurden, sind nur diejenigen Anleiheaufnahmen erfaßt worden, die durch die gemeindliche Rechnung gelaufen sind. Die — besonders auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung bedeutsamen — Schuldenaufnahmen vergesellschafteter Betriebe sind in dieser Gesamtzahl nicht enthalten.

15. Die Verwendung der kommunalen Neuverschuldung (nach dem Stande der Schulden am 31. März 1950)¹⁾ — Mill. DM —

Verwaltungszweig	Schulden aus		Neuverschuldung zusammen	Darunter	
	Kreditmarktmitteln	öffentlichen Mitteln		Stadtkreise	Landkreise ²⁾
	1	2	3	4	5
Elektrizitätsversorgung	19,3	1,8	21,0	15,9	5,2
Gasversorgung	4,6	1,5	6,0	3,3	2,8
Wasserversorgung	16,5	3,6	20,0	4,8	15,3
Kombinierte Versorgungsunternehmen	27,5	9,6	37,1	33,2	3,9
Straßenbahnen	9,2	0,3	9,4	8,5	0,9
Hafen- und Umschlagunternehmen	0,9	0,1	1,0	0,9	0,1
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen ..	0,9	0,3	1,2	0,9	0,3
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	4,3	0,6	4,9	4,1	0,8
Wirtschaftliche Unternehmen zusammen	83,0	17,7	100,7	71,5	29,2
Wohnungsbau	30,9	28,8	59,6	13,7	45,8
Allgemeines Grundvermögen ..	15,0	12,1	26,9	16,7	10,2
Trümmerbeseitigung	4,1	1,2	5,3	5,2	0,1
Straßen- und sonstiger Tiefbau	13,2	10,8	24,1	15,1	7,8
Übriges Bauwesen	1,7	0,8	2,5	1,3	1,2
Gesundheits- und Jugendpflege ..	15,2	1,7	16,9	6,1	9,8
Öffentliche Einrichtungen	15,1	2,5	17,6	12,1	5,5
Schulen	14,4	2,5	16,9	8,2	8,6
Übrige Kämmererverwaltungen ³⁾ ..	17,5	2,1	19,6	13,8	5,7
Kämmererverwaltungen zusammen ⁴⁾	127,1	62,4	189,5	92,2	94,7
Insgesamt ¹⁾	210,1	80,1	290,3	163,8	123,9

¹⁾ Ohne Schleswig-Holstein. — ²⁾ Einschl. ihrer Gemeinden und Ämter. — ³⁾ Einschl. allgemeines Kapitalvermögen und Sondervermögen. — ⁴⁾ Einschl. allgemeines Kapital- und Grundvermögen sowie Sondervermögen.

Öffentliche Mittel sind unter den für die wirtschaftlichen Unternehmen verwendeten Schulden nur in geringem Umfange beteiligt; in den hier erfaßten 17,7 Mill DM sind die ERP-Mittel enthalten. Unter den mit Kapital versorgten Betrieben stehen die kombinierten Versorgungsunternehmen (hauptsächlich in Württemberg-Baden) und die Elektrizitätsversorgung (hauptsächlich in Bayern) weitaus an erster Stelle. Zumeist handelt es sich hierbei um Betriebe der Stadtkreise. Bemerkenswert hoch sind ferner die für die Wasserversorgung aufgebrauchten Schuldbeträge, und zwar hauptsächlich in Bayern. In starkem Maße sind die kreisangehörigen Gemeinden an den kreditfinanzierten Investitionen auf dem Gebiet der Wasserversorgung beteiligt. Für diese war die Erweiterung der Wasserversorgung nächst dem Wohnungsbau die wichtigste Finanzierungsaufgabe.

Auch die zweite große Investitionsaufgabe, vor die die Gemeinden im Rechnungsjahr 1949 gestellt waren, nämlich der Wohnungsbau, findet in der Verschuldung und ihrer Verwendung ihren Niederschlag. Wenn man die dem Grundvermögen zugeordneten Schuldbeträge hinzurechnet, sind von der in den Kämmereiverwaltungen verwendeten Verschuldung 86,6 Mill. DM im Wohnungsbau investiert worden. Beachtlich ist, daß auch hier der Anteil der Landkreise und ihrer Gemeinden höher ist als der der Städte. An der kreditmäßigen Finanzierung des Wohnungsbaus sind die öffentlichen Mittel in besonders starkem Maße beteiligt. Im Verhältnis zur Bevölkerung haben die Gemeinden in Baden (9,12 DM je Einwohner), Württemberg-Hohenzollern (4,68 DM), Württemberg-Baden (2,74 DM) und Rheinland-Pfalz (2,47 DM) stärker über dem Bundesdurchschnitt liegende Kreditbeträge für Wohnungsbau eingesetzt.

Es entspricht der kommunalen Investitionstätigkeit vor allem des Rechnungsjahres 1949, daß die für den Straßenbau verwendeten Schuldbeträge die — wenn auch mit Abstand — dritte Stelle (mit 24,1 Mill. DM) in der Verschuldung vom 31. März 1950 einnehmen. Auch hier entfällt ein verhältnismäßig hoher Anteil auf die Zuweisung öffentlicher Mittel. Besonders hohe Schuldbeträge für Straßenbau sind in Nordrhein-Westfalen von den Stadtkreisen (10,6 Mill. DM), in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz von den Landkreisen und ihren Gemeinden und in Hessen von den Provinzen investiert worden.

Erwähnenswert sind weiterhin die Schuldbeträge, die für den Bau von Krankenhäusern und Schulen und schließlich in den öffentlichen Einrichtungen investiert worden sind. Unter den — zumeist städtischen — Kapitalverwendungen für öffentliche Einrichtungen stehen Kanalisation, Marktwesen, Müllbeseitigung und Feuerlöschwesen im Vordergrund.

5. Die Weiterentwicklung der kommunalen Verschuldung im Kalenderjahr 1950

Die öffentliche Investitionstätigkeit hat während der Frühjahrs- und Sommermonate des Jahres 1950 weiter

angehalten und zum Teil sich noch verstärkt. Für die Gemeinden war diese Betätigung weiterhin von der Bereitstellung von Kreditmitteln, und zwar sowohl aus den Kreditmärkten wie von seiten ihrer Länder, abhängig. Die kommunale Verschuldung hat sich entsprechend erhöht.

Der Gesamtbetrag der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit der Geldumstellung neu aufgenommenen Schulden hat bis zum Schluß des Jahres 1950 erheblich zugenommen. Von Nordrhein-Westfalen abgesehen, wird der Stand der Schulden vierteljährlich für die Stadt- und Landkreise und für die größeren kreisangehörigen Gemeinden ermittelt. Bei diesen statistisch erfaßten Körperschaften hat sich die Summe der Neuverschuldung von 222,9 Mill. DM am 31. März 1950 auf 407,8 Mill. DM am 31. Dezember 1950 erhöht. Unterstellt man, daß diese Entwicklung repräsentativ für alle Gemeinden sei, so läßt sich die kommunale Verschuldung bis zum Schluß des Kalenderjahres 1950 wie folgt schätzen:

Stichtag	Stadtkreise	Übrige Gebietskörperschaften	Zusammen
	1	2	3
Mill. DM			
31. 3. 1950	190	165	355
30. 6. 1950	215	175	390
30. 9. 1950	270	240	510
31. 12. 1950	340	320	660

Die gleichzeitige Entwicklung des Kommunkalkredits bestätigt dieses schnelle Ansteigen der gemeindlichen Schulden. An »Kommunaldarlehen«, in denen allerdings auch Darlehen an vergesellschaftete Unternehmen und auch an Länder enthalten sind, werden nämlich von den Trägern des langfristigen Anstaltskredits folgende Beträge ausgewiesen:

Stichtag	Bodenkreditinstitute	Sparkassen	Lebensversicherungen	Zusammen ¹⁾
	1	2	3	4
Mill. DM				
31. 3. 1949	12,5		23,0	35,5
30. 6. 1949	35,8	4,2	32,0	72,0
30. 9. 1949	36,6	7,6	45,0	89,2
31. 12. 1949	72,7	21,0	58,0	151,7
31. 3. 1950	132,0	39,6	78,0	262,1
30. 6. 1950	171,8	62,5	91,0	352,4
30. 9. 1950	241,7	99,8	102,0	443,5
30. 12. 1950	345,4	140,3	115,0	600,7

¹⁾ Soweit nachgewiesen.

Zuzüglich zu den Kreditmarktmitteln, die im Laufe des Jahres 1950 verfügbar wurden, haben die Gemeinden weitere erhebliche Beträge, zumeist wohl für den Wohnungsbau, von ihren Ländern erhalten. Bei den statistisch erfaßten Gemeinden allein sind dadurch die »Schulden aus öffentlichen Mitteln« von 61,7 Mill. DM am 31. März 1950 bis auf 139,9 Mill. DM am Jahres-schluß gestiegen.

Inhalt des Tabellenteils

	Seite
1. Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art der Schulden	19
2. Schulden von Bund und Ländern nach Art der Schulden	20
3. Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art der Schulden und Ländern	22
4. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände	
a) nach Art der Schulden und Ländern	24
b) nach Art der Schulden und Art der Gebietskörperschaften, Größenklassen	26
c) nach Laufzeiten und Ländern	28
d) nach Laufzeiten und Art der Gebietskörperschaften, Größenklassen	30
5. Schulden der Stadtkreise	
a) nach Art der Schulden und Ländern	32
b) nach Laufzeiten und Ländern	34
6. Verwendung der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit dem 21. Juni 1948 aufgenommenen Kredite nach dem Stand der Schulden am 31. März 1950	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern	36
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften, Größenklassen	38
c) Kreditmarktmittel nach Verwaltungszweigen und Ländern	40
d) Kreditmarktmittel nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften	42
e) Öffentliche Mittel nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften	43
f) Öffentliche Mittel nach Verwaltungszweigen und Ländern	44
g) Beseitigung von Kriegsschäden nach Verwaltungszweigen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern	46
7. Schulden der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich vom 31. März 1928 bis 31. März 1940 nach Art der Schulden	48
8. Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände im Gebiet der Bundesrepublik am 31. März 1936	
a) Art der Schulden	50
b) Gläubiger	51
c) Verwendung der seit der Währungsstabilisierung von 1923 aufgenommenen Neuverschuldung	52

— Abweichungen der Summen durch Runden der Zahlen —

1. Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art der Schulden

— 1 000 DM —

Art der Schulden	Bund	Länder	Hansestädte	Gemeinden und Gemeinde- verbände	Zusammen
	1	2	3	4	5
A. Aus der Geldumstellung von 1948 entstandene Schulden					
1. Ausgleichforderungen (soweit bisher feststehend)					
des Zentralbanksystems	4 918 616	2 657 295 ¹⁾	264 366	-	7 840 277
sonstiger Geldanstalten (einschl. Versicherungen)	2)	7 633 372	805 154	-	8 438 526
Zusammen	4 918 616	10 290 667	1 069 520	-	16 278 803
2. Anteil am Fehlbetrag der britischen Zone	-	107 656	39 074	-	146 729
3. Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld	579 072	60 080 ³⁾	-	-	639 152
Summe A	5 497 688	10 458 403	1 108 594	-	17 064 684
B. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden					
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln					
Inhaberschuldverschreibungen	-	43 841	9 576	9 251	62 669
Schulden an den Umschuldungsverband	-	4 145	7 635	57 411	69 191
Sonstige Schulden bei Banken, Sparkassen und Versicherungen ...	-	4 927	11 122 ⁴⁾	82 566	98 615
Übrige Kreditmarktschulden	-	3 565	12 677	9 885	26 127
Zusammen	-	56 479	41 011	159 113	256 603
2. Umstellungsgrundschulden der Gemeinden	-	5)	10 543 ⁶⁾	122 943	133 485
Summe B	-	56 479	51 554	282 056	390 088
C. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene inländische Kreditmarktschulden					
Kredite der Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken	400 107	115 051	-	5)	515 158
Unverzinsliche Schatzanweisungen ...	236 000	168 558	-	-	404 558
Kredite bei Banken und Sparkassen ...	-	175 ⁵⁾	22	140 084	140 281
Kredite bei Versicherungen	-	-	-	55 461	55 461
Schulden beim Arbeitsstock ⁷⁾	-	200 771	-	-	200 771
Schulden bei der Bundespost	-	35 500	16 000	-	51 500
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	-	5)	-	10 703	10 703
Kassenkredite der Gemeinden ⁸⁾	-	-	-	27 288	27 288
Übrige inländische Kreditmarktschulden	-	48 925	1 670	11 862	62 456
Summe C	636 107	568 981	17 692	245 398	1 468 178
Inlandschulden insgesamt (Summe A bis C)	6 133 795	11 083 863	1 177 839	527 454	18 922 950
D. Schulden aus öffentlichen Mitteln					
Bis zum 20.6.1948 entstandene Schulden	-	1 022	1 803	28 608	10)
Seit dem 21.6.1948 aufgenommene Schulden ⁹⁾	-	91 050	1 500	109 323	10)
Summe D	-	92 072	3 303	137 932	10)
E. Auslandschulden der Länder					
Inhaberschuldverschreibungen	44 035	64 552	.	108 587
Anteile an ausländischen Sammelanleihen der Sparkassen- und Giroverbände	209	1 231	.	1 440
Übrige Auslandschulden der Länder ..	.	306	12 039	.	12 345
Summe E	44 549	77 822	(ca. 90 297)	122 371

1) Einschl. 510 319 Tsd. DM (Länder der französischen Zone), die nach § 23 (1) des 1. Überleitungsgesetzes ab 1.4.1950 vom Bund zu tragen sind.- 2) Ausgleichforderungen der Postsparkasse stehen in ihrer Höhe noch nicht fest.- 3) Ab 1.4.1950 vom Bund zu tragen (siehe Anm.1).- 4) Einschl. 5 819 Tsd. DM für Haftentschädigung (Hamburg).- 5) Nicht besonders ausgegliedert.- 6) Nur Hamburg.- 7) Einschl. Alfa - Rückstände.- 8) Einschl. Kassenkredite aus öffentlichen Mitteln.- 9) Ohne Kassenkredite (siehe Anm.8).- 10) Wegen Doppelzählungen nicht summiert.

2. Schulden von Bund und Län

— 1000

Art der Schulden	Insgesamt	Bund		Schleswig-Holstein	Niedersachsen
		Nach dem Stand vom 31.3.1950	Ab 1.4.1950 vom Bund zu tragen 1)		
	1	2	3	4	5
A. Aus der Geldumstellung von 1948 entstandene Schulden					
1. Ausgleichforderungen (soweit bisher feststehend)					
des Zentralbanksystems	7 840 277	4 918 616	510 319	115 719	290 254
sonstiger Geldanstalten (einschl. Versicherungen)	8 438 526 ⁴⁾	.	-	276 475	982 683
2. Anteil am Fehlbetrag der britischen Zone	146 729 ⁶⁾	-	-	15 629 ⁶⁾	43 184 ⁶⁾
3. Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld	639 152	579 072	60 080	-	-
Summe A	17 064 684	5 497 688	570 399	407 824	1 316 121
B. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden					
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln					
Inhaberschuldverschreibungen	53 418	-	-	1 575	821
Schulden an den Umschuldungsverband	11 781	-	-	-	-
Anteile an Sammelanleihen der Sparkassen- und Giroverbände	2 357	-	-	-	1 184
Sonstige langfristige Tilgungsdarlehen bei Banken, Sparkassen und Versicherungen	13 692 ⁷⁾	-	-	534	1 434
Übrige Kreditmarktschulden	16 242	-	-	-	3 050
Schulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	97 489	-	-	2 109	6 489
2. Umstellungsgrundschulden (nur Hamburg, sonst unter B 1)	10 543	-	-	-	-
Summe B	108 032	-	-	2 109	6 489
C. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene inländische Kreditmarktschulden					
Kredite der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	515 158	400 107	-	780	15 022
Unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel	404 558	236 000	-	10 000	7 950
Kredite bei Banken und Sparkassen	197	-	-	-	175
Schulden beim Arbeitsstock (einschl. Alfa-Rückstände)	200 771	-	-	101 452	29 689
Schulden bei der Bundespost	51 500	-	-	7 000	10 000
Übrige Kreditmarktschulden	50 595	-	-	19 200	10 000
Summe C	1 222 779	636 107	-	138 432	72 836
Inlandschulden zusammen (Summe A bis C)	18 395 496	6 133 795	570 399	548 365	1 395 446
D. Schulden aus öffentlichen Mitteln					
1. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Schulden	-	-	-	708
2. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Schulden	-	-	43 000	12 000
Summe D	-	-	43 000	12 708
E. Auslandschulden der Länder					
1. Inhaberschuldverschreibungen	108 587	-	-	-	712
2. Anteile an Sammelanleihen der Sparkassen- und Giroverbände	1 440	-	-	-	-
3. Übrige Auslandschulden	12 345	-	-	-	-
Summe E	122 371	-	-	-	712

1) Nach dem 1. Überleitungsgesetz § 23 Abs. 1 Schuldkapital am 1.4.50 von den Ländern der französischen Zone unter A 2 enthalten sind.- 3) Siehe auch Kopfspalte 3.- 4) Ohne Ausgleichforderungen der Postsparkasse, die gewiesen.- 6) Für Schleswig-Holstein und Niedersachsen wurden die nicht umgestellten RM-Beträge mit 10 vH von Baden (franz. Zone).- 9) Siehe Anm. 8 (Württemberg-Baden).

dem nach Art der Schulden

DM —

Länder								Hansestädte	
Nordrhein-Westfalen	Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau	Hamburg	Bremen
Ohne die ab 1.4.1950 vom Bund getragenen Schuldbeträge									
6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
565 250 ²⁾	245 080	248 065	407 431	134 000 ³⁾	78 207 ³⁾	59 000 ³⁾	3 970 ³⁾	193 231	71 135
2 005 865	720 120	998 548 ⁵⁾	1 710 569	530 000	193 611	206 700	8 801	661 964	143 190
48 842	-	-	-	- 3)	- 3)	- 3)	- 3)	39 074	-
2 619 956	965 200	1 246 613	2 118 000	664 000	271 818	265 700	12 771	894 269	214 325
25	256	1 018	6 791	21 856	5 000	6 500	-	9 047	529
2 577	1 569	-	-	-	-	-	-	4 427	3 208
-	-	-	-	-	-	-	-	1 125	49
644	905	21	205	-	-	-	-	7 047 ⁷⁾	2 901
442	73	-	-	-	-	-	-	12 607	70
3 688	2 802	1 039	6 996	21 856	5 000	6 500	-	34 254	6 757
-	-	-	-	-	-	-	-	10 543	-
3 688	2 802	1 039	6 996	21 856	5 000	6 500	-	44 796	6 757
-	24 649	-	34 500	17 900	17 350	4 850	-	-	-
-	37 000	-	100 000	13 608	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	22	-
-	42 630	14 000	-	2 000	11 000	-	-	-	-
-	7 500	-	-	-	11 000	-	-	-	16 000
8 000	2 000	-	7 200	2 525	-	-	-	670	1 000
8 000	113 779	14 000	141 700	36 033	39 350	4 850	-	692	17 000
2 631 645	1 081 781	1 261 652	2 266 696	721 889	316 168	277 050	12 771	939 757	238 082
294	-	20	-	-	-	-	-	1 735	68
-	20 800	-	-	-	15 250	-	-	-	1 500
294	20 800	20	-	-	15 250	-	-	1 735	1 568
3 630	-	22 094 ⁸⁾	17 598	-	9)	-	-	57 221	7 332
-	209	-	-	-	-	-	-	95	1 136
-	-	-	306	-	-	-	-	6 868	5 170
3 630	209	22 094 ⁸⁾	17 904	-	9)	-	-	64 184	13 638

auf den Bund übergegangen.- 2) Einschl. 48 842 Tsd.DM Anteil am Fehlbetrag der britischen Zone, die nicht in ihrer Höhe noch nicht feststehen.- 5) Allianz-Lebensversicherung mit 116 600 Tsd.DM nur zur Hälfte nach- in DM eingesetzt.- 7) Einschl. 5 819 Tsd.DM für Haftentschädigung (Hamburg).- 8) Einschl. Auslandsschulden

3. Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeinde

— 1000

Art der Schulden	Zusammen	Schleswig-Holstein	Niedersachsen
	1	2	3
B. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden			
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln			
Inhaberschuldverschreibungen	62 669	1 599	1 059
Schulden an den Umschuldungsverband	69 191	616	437
Schulden bei Banken, Sparkassen und Versicherungen.	98 615	4 937	15 390
Übrige Kreditmarktschulden	26 127	1 114	3 953
Schulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	256 603	8 266	20 839
2. Umstellungsgrundschulden der Gemeinden (Gv.) ¹⁾	133 485	3 277	10 477
Summe B	390 088	11 543	31 316
C. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene inländische Kreditmarktschulden			
Kredite der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	115 051	780	15 022
Unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel der Länder	168 558	10 000	7 950
Kredite bei Banken und Sparkassen	140 281	1 444	21 395
Kredite der Gemeinden (Gv.) bei Versicherungen	55 461	5 466	12 233
Schulden der Länder beim Arbeitsstock (einschl. Alfurückstände)	200 771	101 452	29 689
Schulden der Länder bei der Bundespost	51 500	7 000	10 000
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden der Gemeinden (Gv.)	10 703	620	1 867
Kassenkredite der Gemeinden ²⁾	27 288	3 776	3 831
Übrige Kreditmarktschulden	62 456	19 650	11 821
Summe C	832 071	150 187	113 809
Zusammen (Summe B und C)	1 222 159	161 730	145 125
Außerdem:			
Aus der Geldumstellung von 1948 entstandene Schulden ³⁾	10 996 597	407 824	1 316 121
D. Schulden aus öffentlichen Mitteln			
Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Schulden 4)	1 673	3 720
Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Schulden 4)	72 181	22 956
Summe D 4)	73 854	26 676

1) Einschl. Hamburg; übrige Länder nicht ausgegliedert. - 2) Einschl. Kassenkredite aus öffentlichen Mit-

verbände nach Art der Schulden und Ländern

DM —

Länder								Hansestädte	
Nordrhein-Westfalen	Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau	Hamburg	Bremen
4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
4 454	1 628	1 932	8 158	22 589	5 170	6 504	-	9 047	529
48 349	6 418	1 020	2 001	1 724	979	-	13	4 427	3 208
28 616	9 577	2 016	19 078	5 890	1 430	546	13	8 172	2 950
4 819	753	255	1 612	820	52	66	6	12 607	70
86 237	18 377	5 222	30 849	31 022	7 632	7 116	32	34 254	6 757
49 817	12 066	1 697	19 763	24 268	655	534	387	10 543	-
136 054	30 443	6 920	50 612	55 291	8 287	7 650	419	44 796	6 757
-	24 649	-	34 500	17 900	17 350	4 850	-	-	-
-	37 000	-	100 000	13 608	-	-	-	-	-
25 081	2 523	25 297	34 714	6 724	16 056	6 866	159	22	-
7 731	4 600	7 291	9 333	2 520	6 052	235	-	-	-
-	42 630	14 000	-	2 000	11 000	-	-	-	-
-	7 500	-	-	-	11 000	-	-	-	16 000
2 838	1 026	367	2 350	387	564	684	-	-	-
5 313	1 255	5 094	3 953	2 989	529	530	18	-	-
9 429	2 783	1 347	9 755	3 581	1 849	571	-	670	1 000
50 393	123 966	53 395	194 605	49 709	64 401	13 737	178	692	17 000
186 447	154 409	60 315	245 217	105 000	72 688	21 387	597	45 488	23 757
2 619 957	965 200	1 246 613	2 118 000	664 000	271 818	265 700	12 771	894 269	214 325
12 726	3 112	777	2 934	4 388	213	37	51	1 735	68
19 328	25 838	16 595	14 079	4 601	20 559	1 905	2 332	-	1 500
32 054	28 950	17 372	17 013	8 989	20 771	1 942	2 383	1 735	1 568

tehn.- 3) Vgl. Tab. I, Summe A.- 4) Wegen Doppelzählungen nicht summiert.

4. Schulden der Gemeinden

a. nach Art der

— 1000

Art der Schulden	Bundes- gebiet 1	Schleswig- Holstein 2	Nieder- sachsen 3	Nordrhein- Westfalen 4
A. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden				
Inländische Kreditmarktschulden				
Inhaberschuldverschreibungen ..	9 251	25	237	4 429
Schulden an den Umschuldungs- verband deutscher Gemeinden. .	57 411	616	437	45 772
Sonstige Schulden bei Landes- banken, Sparkassen, Versi- cherungen und sonstigen Kreditinstituten	82 566	4 402 ¹⁾	12 772	27 971
Übrige Kreditmarktschulden. . .	9 885	1 114 ²⁾	903	4 377
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	159 113	6 157	14 350	82 549
Schulden aus öffentlichen Mit- teln einschl. der früheren Hauszinssteuermittel, der Öffa, Reichskrediten usw. . . .	28 608	1 673	3 011	12 432
Umstellungsgrundschulden	122 943	3 277	10 477	49 817
Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Schulden zusammen (Summe A)	310 664	11 107	27 839	144 799
B. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenom- mene Inlandschulden (ohne Auslandschulden)				
Inländische Kreditmarktschulden ³⁾				
bei Sparkassen.	35 412	900 ⁴⁾	6 681	6 428
bei Girozentralen oder Landes- banken	92 199	401 ⁴⁾	11 320	18 121
bei sonstigen Banken.	12 473	142	3 219	533
bei Versicherungen.	55 461	5 466 ⁴⁾	12 233	7 731
Hypotheken, Grund- und Renten- schulden	10 703	620	1 867	2 838
Übrige inländische Kredit- marktschulden.	11 862	450 ⁴⁾	1 821	1 429
Zusammen.	218 110	7 980	37 141	37 079
Schulden aus öffentlichen Mitteln 3)	109 323	29 181	10 956	19 328
Kassenkredite	27 288	3 776	3 831	5 313
Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Schulden zusammen (Summe B)	354 722	40 936	51 929	61 721
Schulden insgesamt (ohne Ausland- schulden) (Summe A u. B)	665 386	52 043	79 767	206 519

1) Einschl. privater Gläubiger. - 2) Nur Resthypotheken. - 3) Ohne Kassenkredite. -

und Gemeindeverbände

Schulden und Ländern

DM —

Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau
5	6	7	8	9	10	11
1 372	914	1 367	733	170	4	-
4 850	1 020	2 001	1 724	979	-	13
8 672	1 995	18 873	5 890	1 430	546	13
680	255	1 612	820	52	66	6
15 574	4 184	23 853	9 167	2 632	616	32
3 112	757	2 934	4 388	213	37	51
12 066	1 697	19 763	24 268	655	534	387
30 753	6 638	46 549	37 823	3 499	1 187	470
874	5 295	5 496	2 917	4 008	2 658	155
1 441	17 925	28 449	3 224	7 855	3 463	-
208	2 076	770	583	4 193	745	4
4 600	7 291	9 333	2 520	6 052	235	-
1 026	367	2 350	387	564	684	-
783	1 347	2 555	1 056	1 849	571	-
8 932	34 301	48 952	10 687	24 521	8 357	159
5 038	16 595	14 079	4 601	5 309	1 905	2 332
1 255	5 094	3 953	2 989	529	530	18
15 225	55 990	66 984	18 277	30 359	10 792	2 509
45 978	62 628	113 533	56 100	33 858	11 979	2 979

4) Aufgliederung geschätzt.

noch: 4. Schulden der Gemeinden
b. nach Art der Schulden und Art der

— 1000

Art der Schulden	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Stadtkreise	zusammen
	1	2	3
A. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden			
Inländische Kreditmarkt- schulden			
Inhaberschuldverschreibungen . .	9 251	8 866	178
Schulden an den Umschuldungs- verband deutscher Gemeinden . .	57 411	46 609	8 207
Sonstige Schulden bei Landes- banken, Sparkassen, Versi- cherungen und sonstigen Kreditinstituten	82 566	58 915	18 593
Übrige Kreditmarktschulden . . .	9 885	6 844	2 480
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	159 113	121 235	29 458
Schulden aus öffentlichen Mit- teln einschl. der früheren Hauszinssteuermittel, der Öffa, Reichskrediten usw. . . .	28 608	18 564	7 176
Umstellungsgrundschulden	122 943	80 620	35 320
Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Schulden zusammen (Summe A)	310 664	220 419	71 953
B. Seit dem 21. Juni 1948 aufge- nommene Inlandschulden (ohne Auslandschulden)			
Inländische Kreditmarktschulden			
bei Sparkassen	35 412	15 597	16 409
bei Girozentralen oder Landes- banken	92 199	54 369	30 940
bei sonstigen Banken	12 473	7 895	3 802
bei Versicherungen	55 461	38 950	10 505
Hypotheken, Grund- und Renten- schulden	10 703	5 260	5 065
Übrige inländische Kredit- marktschulden	11 862	2 853	8 607
Zusammen	218 110	124 924	75 329
Schulden aus öffentlichen Mitteln	109 323	55 790	44 714
Kassenkredite	27 288	9 447	13 431
Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Schulden zusammen (Summe B)	354 722	190 160	133 475
Schulden insgesamt (ohne Ausland- schulden) (Summe A u. B)	665 386	410 579	205 428

und Gemeindeverbände

Gebietskörperschaften, Größenklassen

DM —

Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirks- verbände
Gemeinden			Ämter		
über 10 000 Einwohner	mit 3 001 bis 10 000 Einw	bis 3 000 Einwohner			
4	5	6	7	8	9
135	32	11	-	25	183
5 102	1 925	1 055	125	1 930	664
9 841	5 228	3 324	199	4 745	314
1 351	646	462	21	561	-
16 429	7 832	4 852	345	7 260	1 161
4 139	1 826	1 054	157	2 592	276
17 390	11 543	5 571	815	6 922	81
37 958	21 201	11 477	1 318	16 775	1 517
4 661	5 967	5 711	71	3 406	-
12 865	11 203	6 720	153	6 890	-
1 514	1 223	1 065	-	776	-
6 722	2 851	932	-	3 843	2 163
1 947	1 966	1 115	37	307	72
2 275	3 220	3 095	17	402	-
29 983	26 431	18 638	278	15 623	2 234
16 259	17 064	11 030	362	8 471	349
5 208	4 137	3 740	346	3 666	744
51 450	47 632	33 408	985	27 760	3 327
89 407	68 833	44 885	2 303	44 534	4 844

noch: 4. Schulden der Gemeinden

c. nach Laufzeiten

-- 1000

Laufzeit und Art der Schulden	Bundes- gebiet 1	Schleswig- Holstein ¹⁾ 2	Nieder- sachsen 3	Nordrhein- Westfalen 4
A. Laufzeit bis unter 6 Monate				
Inländische Kreditmarktschulden				
bei Sparkassen	616	.	103	2
bei Girozentralen oder Landes- banken	3 094	.	414	-
bei sonstigen Banken	503	.	-	-
bei Versicherungen	215	.	-	-
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	191	.	-	39
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	337	.	14	53
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	4 957	.	532	94
Schulden aus öffentlichen Mitteln	279	.	29	53
Zusammen	5 236	.	561	147
Außerdem: Kassenkredite	23 513	.	3 831	5 313
B. Laufzeit 6 Monate bis unter 4 Jahre				
Inländische Kreditmarktschulden				
bei Sparkassen	3 682	.	558	77
bei Girozentralen oder Landes- banken	19 519	.	1 230	240
bei sonstigen Banken	2 660	.	20	-
bei Versicherungen	931	.	198	3
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	1 114	.	81	368
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	3 234	.	489	600
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	31 139	.	2 577	1 288
Schulden aus öffentlichen Mitteln	1 193	.	69	13
Zusammen	32 332	.	2 645	1 301
C. Laufzeit 4 Jahre und mehr				
Inländische Kreditmarktschulden				
bei Sparkassen	30 214	.	6 019	6 349
bei Girozentralen oder Landes- banken	69 185	.	9 676	17 881
bei sonstigen Banken	9 168	.	3 199	533
bei Versicherungen	48 849	.	12 035	7 728
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	8 778	.	1 786	2 431
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	7 841	.	1 318	776
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	174 034	.	34 033	35 697
Schulden aus öffentlichen Mitteln	78 671	.	10 858	19 262
Zusammen	252 705	.	44 891	54 960

*) Ohne Schleswig-Holstein. - 1) Schleswig-Holstein 40 936 Tsd. DM (einschl. 3 776

und Gemeindeverbände

und Ländern*)

DM —

Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau
5	6	7	8	9	10	11
1	3	128	-	90	289	-
-	514	400	-	434	1 333	-
-	500	3	-	-	-	-
200	15	-	-	-	-	-
-	96	50	7	-	-	-
1	7	209	8	5	40	-
202	1 134	789	15	529	1 662	-
12	3	99	30	48	5	-
214	1 137	889	45	577	1 667	-
1 255	5 094	3 953	2 989	529	530	18
240	30	188	279	2 216	94	-
35	9 179	1 604	872	6 318	41	-
66	53	84	33	2 400	-	4
11	105	5	-	559	50	-
17	112	76	89	371	-	-
218	147	521	145	1 008	105	-
588	9 626	2 478	1 417	12 871	290	4
207	276	237	110	247	29	5
795	9 901	2 715	1 528	13 118	320	9
633	5 262	5 180	2 638	1 702	2 276	155
1 406	8 233	26 445	2 352	1 103	2 090	-
142	1 523	683	550	1 793	745	-
4 388	7 171	9 328	2 520	5 494	185	-
1 009	159	2 224	291	193	684	-
564	1 193	1 825	903	836	426	-
8 141	23 541	45 685	9 255	11 122	6 405	155
4 819	16 317	13 743	4 461	5 014	1 870	2 327
12 960	39 858	59 428	13 716	16 135	8 275	2 482

Tsd. DM Kassenkredite) nicht nach Laufzeiten aufgegliedert.

Laufzeit und Art der Schulden	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Stadtkreise .	zusammen
	1	2	3
A. Laufzeit bis unter 6 Monate			
Inländische Kreditmarktschulden			
bei Sparkassen	616	-	616
bei Girozentralen oder Landes- banken	3 094	200	2 241
bei sonstigen Banken	503	500	3
bei Versicherungen	215	-	15
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	191	137	54
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden.	337	8	279
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	4 957	845	3 208
Schulden aus öffentlichen Mitteln	279	76	173
Zusammen	5 236	921	3 381
Außerdem: Kassenkredite	23 513	8 446	11 405
B. Laufzeit 6 Monate bis unter 4 Jahre			
Inländische Kreditmarktschulden			
bei Sparkassen	3 682	1 624	1 777
bei Girozentralen oder Landes- banken	19 519	15 624	3 445
bei sonstigen Banken	2 660	2 450	210
bei Versicherungen	931	380	453
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	1 114	669	400
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	3 234	853	2 364
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	31 139	21 600	8 650
Schulden aus öffentlichen Mitteln	1 193	36	1 107
Zusammen	32 332	21 636	9 757
C. Laufzeit 4 Jahre und mehr			
Inländische Kreditmarktschulden			
bei Sparkassen	30 214	13 973	13 273
bei Girozentralen oder Landes- banken	69 185	38 545	24 999
bei sonstigen Banken	9 168	4 810	3 581
bei Versicherungen	48 849	37 138	6 687
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	8 778	4 063	4 381
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	7 841	1 992	5 682
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	174 034	100 521	58 604
Schulden aus öffentlichen Mitteln	78 671	40 689	32 049
Zusammen	252 705	141 210	90 653

und Gemeindeverbände
körperschaften, Größenklassen*)
DM —

Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirks- verbände
Gemeinden			Ämter		
über 10 000 Einwohner	mit 3 001 bis 10 000 Einw.	bis 3 000 Einwohner			
4	5	6	7	8	9
30	185	402	-	-	-
630	815	796	-	654	-
-	-	3	-	-	-
-	-	15	-	-	200
-	51	3	-	-	-
7	164	109	-	50	-
667	1 215	1 327	-	704	200
33	75	64	-	30	-
700	1 290	1 391	-	734	200
4 372	3 532	3 197	304	2 918	744
700	365	712	1	280	-
748	2 376	321	-	450	-
-	19	191	-	-	-
45	342	66	-	98	-
8	301	91	-	45	-
366	1 136	862	-	17	-
1 866	4 540	2 243	1	889	-
35	344	697	32	50	-
1 901	4 883	2 940	33	939	-
3 609	5 244	4 377	44	2 968	-
11 317	7 926	5 603	153	5 641	-
1 506	1 204	871	-	776	-
4 308	1 528	851	-	3 062	1 963
1 888	1 533	943	16	262	72
1 707	1 867	2 090	17	167	-
24 336	19 303	14 735	230	12 875	2 034
12 062	11 938	7 781	269	5 584	349
36 398	31 241	22 516	498	18 459	2 383

5. Schulden der
a. nach Art der Schul

— 1000

Art der Schulden	Bundes- gebiet 1	Schleswig- Holstein 2	Nieder- sachsen 3	Nordrhein- Westfalen 4
A. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden				
Inländische Kreditmarkt- schulden				
Inhaberschuldverschreibungen .	8 866	-	213	4 271
Schulden an den Umschuldungs- verband deutscher Gemeinden .	46 609	69	162	38 473
Sonstige Schulden bei Landes- banken, Sparkassen, Versi- cherungen und sonstigen Kreditinstituten.	58 915	2 033 ¹⁾	6 918	22 188
Übrige Kreditmarktschulden . .	6 844	141 ²⁾	596	3 647
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	121 235	2 243	7 888	68 579
Schulden aus öffentlichen Mit- teln einschl. der früheren Hauszinssteuermittel, der Öffa, Reichskrediten usw. . .	18 564	940	1 213	7 829
Umstellungsgrundschulden . . .	80 620	719	3 606	33 541
Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Schulden zusammen (Summe A) . . .	220 419	3 902	12 708	109 948
B. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenom- mene Inlandschulden (ohne Aus- landschulden)				
Inländische Kreditmarktschulden ³⁾				
bei Sparkassen	15 597	-	648	4 123
bei Girozentralen oder Landes- banken	54 369	-	3 547	11 161
bei sonstigen Banken	7 895	135	1 475	500
bei Versicherungen	38 950	1 432 ⁴⁾	7 709	7 106
Hypotheken, Grund- und Renten- schulden.	5 260	390	228	1 794
Übrige inländische Kredit- marktschulden	2 853	-	113	719
Zusammen	124 924	1 958	13 719	25 403
Schulden aus öffentlichen Mitteln 3)	55 790	14 989	5 292	11 551
Kassenkredite	9 447	1 001	370	3 063
Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Schulden zusammen (Summe B) . . .	190 160	17 948	19 381	40 017
Schulden insgesamt (ohne Ausland- schulden) (Summe A u. B)	410 579	21 849	32 089	149 966

1) Einschl. privater Gläubiger. - 2) Nur Resthypotheken. - 3) Ohne Kassenkredite. -

Stadtkreise

den und Ländern

DM —

Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau
5	6	7	8	9	10	11
1 225	909	1 367	712	169	-	-
4 294	853	1 347	1 222	190	-	-
6 408	1 333	15 066	4 315	653	-	2
550	202	1 043	649	12	-	5
12 477	3 297	18 823	6 898	1 023	-	7
2 504	638	1 863	3 442	91	-	44
8 987	766	12 462	20 171	48	-	320
23 969	4 701	33 148	30 511	1 162	-	371
-	3 386	4 034	1 672	1 724	-	10
735	12 324	19 963	1 480	5 159	-	-
5	1 450	-	500	3 830	-	-
2 250	6 261	7 569	2 056	4 568	-	-
903	194	1 037	352	360	-	-
384	41	858	526	212	-	-
4 277	23 656	33 461	6 586	15 853	-	10
1 031	9 603	6 635	2 972	3 417	-	300
65	2 922	860	1 166	-	-	-
5 373	36 181	40 956	10 724	19 271	-	310
29 341	40 882	74 104	41 235	20 432	-	681

4) Aufgliederung geschätzt.

Laufzeit und Art der Schulden	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein 1)	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
A. Laufzeit bis unter 6 Monate				
Inländische Kreditmarktschulden				
bei Sparkassen	-	.	-	-
bei Girozentralen oder Landes- banken	200	.	100	-
bei sonstigen Banken	500	.	-	-
bei Versicherungen	-	.	-	-
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	137	.	-	-
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	8	.	-	-
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	845	.	100	-
Schulden aus öffentlichen Mitteln	76	.	-	-
Zusammen	921	.	100	-
Außerdem: Kassenkredite	8 446	.	370	3 063
B. Laufzeit 6 Monate bis unter 4 Jahre				
Inländische Kreditmarktschulden				
bei Sparkassen	1 624	.	-	-
bei Girozentralen oder Landes- banken	15 624	.	100	150
bei sonstigen Banken	2 450	.	-	-
bei Versicherungen	380	.	-	-
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	669	.	23	106
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	853	.	74	400
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	21 600	.	197	656
Schulden aus öffentlichen Mitteln	36	.	-	-
Zusammen	21 636	.	197	656
C. Laufzeit 4 Jahre und mehr				
Inländische Kreditmarktschulden				
bei Sparkassen	13 973	.	648	4 123
bei Girozentralen oder Landes- banken	38 545	.	3 347	11 011
bei sonstigen Banken	4 810	.	1 475	500
bei Versicherungen	37 138	.	7 709	7 106
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	4 063	.	205	1 688
Übrige inländische Kreditmarkt- schulden	1 992	.	39	319
Inländische Kreditmarktschulden zusammen	100 521	.	13 423	24 747
Schulden aus öffentlichen Mitteln	40 689	.	5 292	11 551
Zusammen	141 210	.	18 715	36 298

*) Ohne Schleswig-Holstein. - 1) Schleswig-Holstein 17 948 Tsd. DM (einschl. 1 001

**Stadtkreise
und Ländern*)**

DM —

Hessen	Württemberg- Baden	Bayern	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Kreis Lindau
5	6	7	8	9	10	11
-	-	-	-	-	-	-
-	-	100	-	-	-	-
-	500	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	96	35	7	-	-	-
-	-	-	8	-	-	-
-	596	135	15	-	-	-
-	-	76	-	-	-	-
-	596	211	15	-	-	-
65	2 922	860	1 166	-	-	-
-	-	-	100	1 524	-	-
-	9 000	465	850	5 059	-	-
-	50	-	-	2 400	-	-
-	100	-	-	280	-	-
-	91	-	89	360	-	-
122	41	32	33	150	-	-
122	9 282	497	1 073	9 773	-	-
-	-	13	-	22	-	-
122	9 282	511	1 073	9 796	-	-
-	3 386	4 034	1 572	200	-	10
735	3 324	19 398	630	100	-	-
5	900	-	500	1 430	-	-
2 250	6 161	7 569	2 056	4 288	-	-
903	8	1 003	256	-	-	-
262	-	826	485	62	-	-
4 155	13 778	32 829	5 499	6 080	-	10
1 031	9 603	6 546	2 972	3 395	-	300
5 186	23 382	39 375	8 470	9 475	-	310

Tsd. DM Kassenkredite) die nicht nach Laufzeiten aufgegliedert wurden.

6. Verwendung der von den Gemeinden und aufgenommenen Kredite nach dem

a. nach Verwaltungs-

— 1 000

Verwaltungszweig	Bundesge- biet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
A. Kammereiverwaltungen				
0 Allgemeine Verwaltung	3 872	.	825	131
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7	.	-	-
2 Schulen				
Volks- und Hilfsschulen	12 275	.	4 300	318
Übriges Schulwesen	4 659	.	1 360	571
Summe Einzelplan 2	16 935	.	5 659	889
3 Kultur	7 609	.	91	100
4 Fürsorge und Jugendhilfe	2 177	.	333	95
5 Gesundheits- und Jugendpflege	16 915	.	4 481	2 224
6 Bau- und Wohnungswesen				
Wohnungsbau- und Wohnsiedlung	59 642	.	13 889	11 157
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	24 078	.	3 374	11 070
Wasserläufe und Wasserbau	2 124	.	67	438
Trümmerbeseitigung und -verwertung	5 316	.	-	173
Sonstiges Bau- und Wohnungswesen	428	.	9	274
Summe Einzelplan 6	91 588	.	17 338	23 112
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts- förderung				
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	5 013	.	610	579
Müllbeseitigung und -verwertung	1 401	.	97	-
Feuerlöschwesen	1 050	.	437	40
Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und Marktwesen	4 655	.	501	466
Übrige öffentliche Einrichtungen	2 444	.	1 104	47
Förderung von Wirtschaft und Verkehr	3 011 ¹⁾	.	1 897	237
Summe Einzelplan 7	17 574	.	4 645	1 369
Aus 9 Finanz- und Steuerverwaltung	63	.	-	-
Summe A	156 740	.	33 373	27 919
B. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, Sondervermögen				
Allgemeines Kapitalvermögen ²⁾	5 823	.	-	399
Allgemeines Grundvermögen, Sondervermögen	26 967	.	2 390	8 841
Summe B	32 790	.	2 390	9 240
Summe A und B zusammen	189 530	.	35 763	37 159
C. Wirtschaftliche Unternehmen				
Elektrizitätsversorgung	21 043	.	508	3 050
Gasversorgung	6 026	.	1 166	820
Wasserversorgung	20 042	.	3 126	1 330
Kombinierte Versorgungsunternehmen	37 130	.	5 151	9 523
Straßenbahnen, Autobusse, Kleinbahnen	9 428	.	632	2 158
Hafen- und Umschlagsunternehmen	977	.	341	396
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunter- nehmen	1 244	.	300	130
Unternehmen der Verkehrsförderung	2 153	.	1 088	-
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	2 701	.	22	1 841
Summe C	100 743	.	12 335	19 248
Summe A, B und C zusammen	290 273	.	48 097	56 407
Außerdem: Kassenkredite	23 513	.	3 831	5 313
Insgesamt	313 786	.	51 929	61 721
DM je Einwohner	7,38	.	7,56	4,77

*) Ohne Schleswig-Holstein. - 1) Darunter 406 Tsd.DM für Förderung der Land- und Forstwirtschaft. -

Gemeindeverbänden seit dem 21. Juni 1948

Stand der Schulden am 31. März 1950*)

zweigen und Ländern

DM —

Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau
5	6	7	8	9	10	11
-	705	470	1 219	383	65	74
-	7	-	-	-	-	-
364	1 762	3 755	280	1 014	256	226
139	634	924	99	933	-	-
503	2 396	4 679	379	1 947	256	226
792	-	1 055	436	5 133	2	-
380	289	570	62	292	112	45
2 264	3 189	2 648	410	792	735	172
1 597	6 085	9 669	5 095	7 462	3 727	961
1 317	1 193	3 862	2 583	462	106	111
173	605	237	139	-	465	-
2 250	1 768	-	54	1 071	-	-
-	34	54	4	14	37	3
5 337	9 685	13 822	7 875	9 010	4 335	1 075
408	1 687	760	441	319	209	-
-	-	1 304	-	-	-	-
15	58	238	7	31	25	200
-	644	2 530	261	154	100	-
26	292	597	7	188	45	139
43	177	171	113	119	151	104
492	2 857	5 600	828	812	529	443
11	-	53	-	-	-	-
9 779	19 128	28 896	11 209	18 368	6 034	2 034
-	2 498	20	-	2 906	-	-
691	4 480	2 679	2 044	4 232	1 550	60
691	6 977	2 699	2 044	7 138	1 550	60
10 470	26 105	31 595	13 253	25 506	7 584	2 094
16	1 971	15 175	72	51	200	-
559	1 791	904	30	351	350	55
2 335	2 958	7 255	847	641	1 495	55
66	16 210	5 198	605	-	272	105
459	552	2 905	29	2 693	-	-
-	172	-	67	-	-	-
-	-	-	314	500	-	-
-	1 059	-	6	-	-	-
65	78	0	65	88	361	182
3 500	24 791	31 436	2 035	4 324	2 678	396
13 970	50 896	63 031	15 288	29 830	10 262	2 491
1 255	5 094	3 953	2 989	529	530	18
15 225	55 990	66 984	18 277	30 359	10 792	2 509
3,55	14,52	7,27	6,33	23,68	9,57	45,77

2) Einschl. noch nicht verwendeter Kredite; Württemberg-Baden 2 204 Tsd. DM, Baden 2 599 Tsd. DM.

noch: 6. Verwendung der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit dem 21. Juni

b. nach Verwaltungszweigen und Art

— 1000

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Stadtkreise	zusammen
	1	2	
A. Kämmereiverwaltungen			
0 Allgemeine Verwaltung	3 872	1 425	1 406
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7	7	-
2 Schulen			
Volks- und Hilfsschulen	12 275	5 295	6 744
Übriges Schulwesen	4 659	2 868	1 184
Summe Einzelplan 2	16 935	8 163	7 928
3 Kultur	7 609	6 492	1 100
4 Fürsorge und Jugendhilfe	2 177	584	700
5 Gesundheits- und Jugendpflege	16 915	6 061	2 975
6 Bau- und Wohnungswesen			
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	59 642	13 724	39 696
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	24 078	15 089	5 098
Wasserläufe und Wasserbau	2 124	1 016	1 102
Trümmerbeseitigung und -verwertung	5 316	5 172	144
Sonstiges Bau- und Wohnungswesen	428	320	108
Summe Einzelplan 6	91 588	35 322	46 148
7 Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung . .			
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten . . .	5 013	2 498	2 516
Müllbeseitigung und -verwertung	1 401	1 323	78
Feuerlöschwesen	1 050	334	580
Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und Marktwesen	4 655	4 414	241
Übrige öffentliche Einrichtungen	2 444	1 672	576
Förderung von Wirtschaft und Verkehr	3 011 ¹⁾	1 883	742
Summe Einzelplan 7	17 574	12 123	4 732
Aus 9 Finanz- und Steuerverwaltung	63	-	63
Summe A	156 740	70 177	65 053
B. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, Sondervermögen			
Allgemeines Kapitalvermögen 2)	5 823	5 332	441
Allgemeines Grundvermögen, Sondervermögen . . .	26 967	16 736	9 706
Summe B	32 790	22 068	10 147
Summe A und B zusammen	189 530	92 246	75 200
C. Wirtschaftliche Unternehmen			
Elektrizitätsversorgung	21 043	15 881	5 012
Gasversorgung	6 026	3 275	2 695
Wasserversorgung	20 042	4 763	15 221
Kombinierte Versorgungsunternehmen	37 130	33 211	3 920
Straßenbahnen, Autobusse, Kleinbahnen	9 428	8 503	573
Hafen- und Umschlagsunternehmen	977	887	90
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunter- nehmen	1 244	930	314
Unternehmen der Verkehrsförderung	2 153	2 153	0
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	2 701	1 919	767
Summe C	100 743	71 522	28 591
Summe A, B und C zusammen	290 273	163 767	103 791
Außerdem: Kassenkredite	23 513	8 446	11 405
Insgesamt	313 786	172 213	115 196
DM je Einwohner	7,38	4,05	2,71

*) Ohne Schleswig-Holstein.- 1) Darunter 406 Tsd. DM für Förderung der Land- und Forstwirtschaft.-

1948 aufgenommenen Kredite nach dem Stand der Schulden am 31. März 1950*)

der Gebietskörperschaften, Größenklassen

DM —

Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirks- verbände
Gemeinden			Ämter		
über 10 000 Einwohner	mit 3 001 bis 10 000 Einw.	bis 3 000 Einwohner			
4	5	6	7	8	9
451	380	439	136	1 040	-
-	-	-	-	-	-
1 261	1 686	3 797	-	206	30
542	632	10	-	482	126
1 802	2 318	3 807	-	688	156
-	1 050	50	-	17	-
438	100	162	-	868	25
1 720	945	309	-	6 817	1 061
14 511	16 974	7 935	275	6 135	86
1 289	1 356	2 453	-	2 666	1 225
151	484	468	-	6	-
138	6	-	-	-	-
-	64	44	-	-	-
16 089	18 883	10 900	275	8 807	1 311
904	1 210	402	-	-	-
78	-	-	-	-	-
34	270	247	29	136	-
203	36	2	-	-	-
114	213	248	-	197	-
33	246	462	-	386	-
1 367	1 975	1 361	29	719	-
-	50	13	-	-	-
21 868	25 703	17 042	440	18 957	2 553
311	19	111	-	50	-
3 140	4 053	2 492	21	495	30
3 451	4 072	2 603	21	545	30
25 319	29 774	19 645	461	19 501	2 583
4 150	605	257	-	150	-
1 941	753	2	-	55	-
2 934	5 657	6 559	70	58	-
3 492	428	-	-	-	-
500	38	35	-	352	-
85	-	5	-	-	-
300	-	14	-	-	-
-	0	-	-	-	-
278	158	330	-	15	-
13 680	7 639	7 202	70	631	-
38 999	37 413	26 847	531	20 132	2 583
4 372	3 532	3 197	304	2 918	744
43 371	40 945	30 045	835	23 050	3 327
1,02	0,96	0,71	0,02	0,54	0,08

2) Einschl. noch nicht verwendeter Kredite; Württemberg-Baden 2 204 Tsd.DM, Baden 2 599 Tsd.DM.

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
A. Kämmereiverwaltungen				
0 Allgemeine Verwaltung	3 339	.	773	123
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7	.	-	-
2 Schulen				
Volks- und Hilfsschulen.....	10 680	.	3 991	269
Übriges Schulwesen	3 720	.	1 335	158
Summe Einzelplan 2	14 401	.	5 326	427
3 Kultur	7 548	.	91	100
4 Fürsorge und Jugendhilfe	1 072	.	313	-
5 Gesundheits- und Jugendpflege	15 176	.	4 382	2 047
6 Bau- und Wohnungswesen				
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	30 871	.	8 510	3 638
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	13 247	.	2 837	4 422
Wasserläufe und Wasserbau	1 297	.	67	381
Trümmerbeseitigung und -verwertung	4 131	.	-	40
Sonstiges Bau- und Wohnungswesen	410	.	9	274
Summe Einzelplan 6	49 955	.	11 423	8 755
7 Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung				
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten.....	3 712	.	607	579
Müllbeseitigung und -verwertung	1 390	.	97	-
Feuerlöschwesen	683	.	400	25
Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und Marktwesen	4 645	.	501	466
Übrige öffentliche Einrichtungen	2 135	.	1 100	19
Förderung von Wirtschaft und Verkehr	2 515 ¹⁾	.	1 897	237
Summe Einzelplan 7	15 079	.	4 601	1 326
Aus 9 Finanz- und Steuerverwaltung	53	.	-	-
Summe A	106 631	.	26 909	12 777
B. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, Sondervermögen				
Allgemeines Kapitalvermögen ²⁾	5 483	.	-	399
Allgemeines Grundvermögen, Sondervermögen ...	14 996	.	1 681	4 930
Summe B	20 479	.	1 681	5 329
Summe A und B zusammen	127 109	.	28 590	18 106
C. Wirtschaftliche Unternehmen				
Elektrizitätsversorgung	19 278	.	358	3 050
Gasversorgung	4 569	.	1 016	820
Wasserversorgung	16 461	.	2 826	1 305
Kombinierte Versorgungsunternehmen	27 498	.	2 111	9 453
Straßenbahnen, Autobusse, Kleinbahnen	9 168	.	632	1 978
Hafen- und Umschlagsunternehmen	898	.	293	396
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunter- nehmen	930	.	300	130
Unternehmen der Verkehrsförderung	2 058	.	993	-
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	2 162	.	22	1 841
Summe C	83 021	.	8 551	18 973
Summe A, B und C zusammen	210 130	.	37 141	37 079

*) Ohne Schleswig-Holstein.- 1) Davon 213 Tsd. DM für Förderung der Land- und Forstwirtschaft.-

1948 aufgenommenen Kredite nach dem Stand der Schulden am 31. März 1950*)

waltungszweigen und Ländern

DM —

Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau
5	6	7	8	9	10	11
-	659	400	943	379	59	4
-	7	-	-	-	-	-
140	1 634	3 292	164	973	218	-
120	634	786	99	589	-	-
260	2 268	4 078	263	1 562	218	-
789	-	1 055	379	5 133	2	-
107	-	518	42	83	5	5
1 357	2 874	2 600	375	787	735	20
331	1 668	5 000	3 816	5 364	2 539	6
1 178	608	1 846	1 833	415	106	-
81	278	10	20	-	460	-
2 250	770	-	-	1 071	-	-
-	34	42	-	14	37	-
3 840	3 357	6 898	5 669	6 864	3 142	6
294	1 245	246	212	319	209	-
-	-	1 293	-	-	-	-
10	7	178	7	31	25	-
-	644	2 530	250	154	100	-
16	194	563	7	188	45	3
3	42	31	37	119	149	-
323	2 132	4 841	513	812	528	3
-	-	53	-	-	-	-
6 675	11 297	20 442	8 183	15 619	4 689	39
-	2 215	12	-	2 856	-	-
581	1 859	1 825	1 030	1 722	1 308	60
581	4 074	1 837	1 030	4 578	1 308	60
7 256	15 372	22 279	9 214	20 197	5 997	99
16	1 971	13 560	72	51	200	-
409	989	604	30	351	350	-
792	2 259	6 363	769	641	1 494	13
-	12 010	3 248	435	-	240	-
459	477	2 899	29	2 693	-	-
-	142	-	67	-	-	-
-	-	-	-	500	-	-
-	1 059	-	6	-	-	-
-	22	0	65	88	76	47
1 676	18 930	26 673	1 474	4 324	2 360	60
8 932	34 301	48 952	10 687	24 521	8 357	159

2) Einschl. noch nicht verwendeter Kredite; Württemberg-Baden 1 968 Tsd.DM, Baden 2 599 Tsd.DM.

noch: 6. Verwendung der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit dem 21. Juni 1948 aufgenommenen Kredite nach dem Stand der Schulden am 31. März 1950*)

d. Kreditmarktmittel nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften

— 1 000 DM —

Verwaltungszweig	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	Stadtkreise	Kreisange- hörige Gemeinden	Landkreise	Bezirks- verbände
	1	2	3	4	5
A. Kämmererverwaltungen					
0 Allgemeine Verwaltung	3 339	1 334	1 143	862	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7	7	-	-	-
2 Schulen					
Volks- und Hilfeschulen	10 680	5 205	5 345	101	30
Übriges Schulwesen	3 720	2 560	811	350	-
Summe Einzelplan 2	14 401	7 765	6 155	451	30
3 Kultur	7 548	6 444	1 087	17	-
4 Fürsorge und Jugendhilfe	1 072	395	190	463	25
5 Gesundheits- und Jugendpflege	15 176	5 574	2 319	6 314	969
6 Bau- und Wohnungswesen					
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	30 871	6 688	21 045	3 052	86
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	13 247	6 848	3 359	1 914	1 125
Wasserläufe und Wasserbau	1 297	564	733	-	-
Trümmerbeseitigung und -verwertung	4 131	4 128	3	-	-
Sonstiges Bau- und Wohnungswesen	410	320	90	-	-
Summe Einzelplan 6	49 955	18 548	25 230	4 966	1 211
7 Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	3 712	1 825	1 886	-	-
Müllbeseitigung und -verwertung	1 390	1 323	67	-	-
Feuerlöschwesen	683	134	443	106	-
Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und Marktwesen	4 645	4 404	241	-	-
Übrige Öffentliche Einrichtungen	2 135	1 514	444	177	-
Förderung von Wirtschaft und Verkehr	2 515 ¹⁾	1 687	494	334	-
Summe Einzelplan 7	15 079	10 887	3 576	616	-
Aus 9 Finanz- und Steuerverwaltung	53	-	53	-	-
Summe A	106 631	50 953	39 754	13 689	2 234
B. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, Sondervermögen					
Allgemeines Kapitalvermögen 2)	5 483	5 096	387	-	-
Allgemeines Grundvermögen, Sondervermögen	14 996	7 943	6 626	427	-
Summe B	20 479	13 039	7 013	427	-
Summe A und B zusammen	127 109	63 992	46 767	14 116	2 234
C. Wirtschaftliche Unternehmen					
Elektrizitätsversorgung	19 278	15 881	3 397	-	-
Gasversorgung	4 569	1 875	2 694	-	-
Wasserversorgung	16 461	3 709	12 752	-	-
Kombinierte Versorgungsunternehmen	27 498	23 879	3 619	-	-
Straßenbahnen, Autobusse, Kleinbahnen	9 168	8 248	567	352	-
Hafer- und Umschlagsunternehmen	898	808	90	-	-
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunter- nehmen	930	630	300	-	-
Unternehmen der Verkehrsförderung	2 058	2 058	0	-	-
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	2 162	1 886	276	-	-
Summe C	83 021	58 974	23 695	352	-
Summe A, B und C zusammen	210 130	122 966	70 462	14 469	2 234

*) Ohne Schleswig-Holstein. - 1) Darunter 213 Tsd. DM für Förderung der Land- und Forstwirtschaft. -
2) Einschl. noch nicht verwendeter Kredite; Württemberg-Baden 1968 Tsd. DM, Baden 2599 Tsd. DM.

noch: 6. Verwendung der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit dem 21. Juni 1948 aufgenommenen Kredite nach dem Stand der Schulden am 31. März 1950*)

e. Öffentliche Mittel nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften

— 1000 DM —

Verwaltungszweig	Gemeinden u. Gemeindeverbände insgesamt	Stadtkreise	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirksverbände
	1	2	3	4	5
A. Kämmererverwaltungen					
0 Allgemeine Verwaltung	533	92	263	179	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	-
2 Schulen					
Volks- und Hilsschulen	1 595	90	1 399	106	-
Übriges Schulwesen	939	308	374	132	126
Summe Einzelplan 2	2 534	398	1 773	237	126
3 Kultur	61	48	13	-	-
4 Fürsorge und Jugendhilfe	1 105	190	510	405	-
5 Gesundheits- und Jugendpflege	1 739	487	656	503	93
6 Bau- und Wohnungswesen					
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	28 771	7 037	18 651	3 084	-
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	10 831	8 241	1 739	752	100
Wasserläufe und Wasserbau	827	452	369	6	-
Trümmerbeseitigung und -verwertung	1 185	1 044	141	-	-
Sonstiges Bau- und Wohnungswesen	19	-	19	-	-
Summe Einzelplan 6	41 633	16 773	20 918	3 841	100
7 Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	1 302	672	630	-	-
Müllbeseitigung und -verwertung	11	-	11	-	-
Feuerlöschwesen	367	200	137	30	-
Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und Marktwesen	11	11	-	-	-
Übrige öffentliche Einrichtungen	310	158	132	20	-
Förderung von Wirtschaft und Verkehr	495 ¹⁾	196	247	52	-
Summe Einzelplan 7	2 495	1 237	1 156	102	-
Aus 9 Finanz- und Steuerverwaltung	11	-	11	-	-
Summe A	50 109	19 224	25 299	5 267	319
B. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, Sondervermögen					
Allgemeines Kapitalvermögen 2)	340	236	54	50	-
Allgemeines Grundvermögen, Sondervermögen	11 971	8 793	3 080	68	30
Summe B	12 311	9 029	3 134	118	30
Summe A und B zusammen	62 420	28 254	28 433	5 385	349
C. Wirtschaftliche Unternehmen					
Elektrizitätsversorgung	1 765	-	1 615	150	-
Gasversorgung	1 457	1 400	2	55	-
Wasserversorgung	3 580	1 054	2 469	58	-
Kombinierte Versorgungsunternehmen	9 633	9 332	301	-	-
Straßenbahnen, Autobusse, Kleinbahnen	260	254	6	-	-
Hafen- und Umschlagsunternehmen	79	79	-	-	-
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	314	300	14	-	-
Unternehmen der Verkehrsförderung	95	95	-	-	-
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	539	34	491	15	-
Summe C	17 722	12 548	4 896	278	-
Summe A, B und C zusammen	80 143	40 801	33 329	5 664	349

*) Ohne Schleswig-Holstein. - 1) Darunter 193 Tsd. DM für Förderung der Land- und Forstwirtschaft. - 2) Einschl. noch nicht verwendeter Kredite; Württemberg-Baden 236 Tsd. DM.

noch: 6. Verwendung der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit dem 21. Juni

f. Öffentliche Mittel nach

— 1 000

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
A. Kämmereiverwaltungen				
0 Allgemeine Verwaltung	533	.	52	8
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . .	-	.	-	-
2 Schulen				
Volks- und Hilfsschulen	1 595	.	308	50
Übriges Schulwesen	939	.	25	413
Summe Einzelplan 2	2 534	.	333	462
3 Kultur	61	.	-	-
4 Fürsorge und Jugendhilfe	1 105	.	20	95
5 Gesundheits- und Jugendpflege	1 739	.	99	177
6 Bau- und Wohnungswesen				
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	28 771	.	5 379	7 519
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	10 831	.	537	6 648
Wasserläufe und Wasserbau	827	.	-	57
Trümmerbeseitigung und -verwertung . . .	1 185	.	-	133
Sonstiges Bau- und Wohnungswesen	19	.	-	-
Summe Einzelplan 6	41 633	.	5 916	14 356
7 Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung				
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten . .	1 302	.	3	-
Müllbeseitigung und -verwertung	11	.	-	-
Feuerlöschwesen	367	.	37	15
Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und Marktwesen	11	.	-	-
Übrige öffentliche Einrichtungen	310	.	4	28
Förderung von Wirtschaft und Verkehr . .	495 ¹⁾	.	-	-
Summe Einzelplan 7	2 495	.	44	43
Aus 9 Finanz- und Steuerverwaltung	11	.	-	-
Summe A	50 109	.	6 464	15 142
B. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, Sondervermögen				
Allgemeines Kapitalvermögen ²⁾	340	.	-	-
Allgemeines Grundvermögen, Sondervermögen .	11 971	.	709	3 911
Summe B	12 311	.	709	3 911
Summe A und B zusammen	62 420	.	7 173	19 053
C. Wirtschaftliche Unternehmen				
Elektrizitätsversorgung	1 765	.	150	-
Gasversorgung	1 457	.	150	-
Wasserversorgung	3 580	.	300	25
Kombinierte Versorgungsunternehmen	9 633	.	3 040	70
Straßenbahnen, Autobusse, Kleinbahnen . . .	260	.	-	180
Hafen- und Umschlagsunternehmen	79	.	49	-
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	314	.	-	-
Unternehmen der Verkehrsförderung	95	.	95	-
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	539	.	-	-
Summe C	17 722	.	3 783	275
Summe A, B und C zusammen	80 143	.	10 956	19 328

*) Ohne Schleswig-Holstein.- 1) Darunter 193 Tsd.DM für Förderung der Land-und Forstwirtschaft.- 2)Einschl.

1948 aufgenommenen Kredite nach dem Stand der Schulden am 31. März 1950*)

Verwaltungszweigen und Ländern

DM —

Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Kreis Lindau
5	6	7	8	9	10	11
-	46	70	276	5	6	70
-	-	-	-	-	-	-
224	128	463	116	41	38	226
19	-	138	-	344	-	-
243	128	601	116	385	38	226
4	-	-	57	-	-	-
274	289	52	20	209	106	40
907	315	48	35	5	-	152
1 266	4 417	4 670	1 279	2 098	1 188	954
138	585	2 016	750	47	-	111
92	327	227	119	-	5	-
-	998	-	54	-	-	-
-	-	12	4	-	-	3
1 497	6 328	6 924	2 206	2 145	1 193	1 068
115	442	514	229	-	-	-
-	-	11	-	-	-	-
5	51	59	-	-	-	200
-	-	-	11	-	-	-
10	98	34	-	-	-	136
40	134	140	75	-	2	104
169	725	758	315	-	2	440
11	-	0	-	-	-	-
3 104	7 831	8 454	3 026	2 748	1 345	1 995
-	282	8	-	50	-	-
110	2 621	854	1 014	2 510	242	-
110	2 903	862	1 014	2 560	242	-
3 214	10 734	9 316	4 039	5 309	1 587	1 995
-	-	1 615	-	-	-	-
150	802	300	-	-	-	55
1 543	699	892	78	-	1	42
66	4 200	1 950	170	-	32	105
-	74	6	-	-	-	-
-	31	-	-	-	-	-
-	-	-	314	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
65	55	-	-	-	285	134
1 824	5 861	4 763	562	-	318	336
5 038	16 595	14 079	4 601	5 309	1 905	2 332

noch nicht verwendeter Kredite; Württemberg-Baden 236 Tsd.DM

noch: 6. Verwendung der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit dem 21. Juni
g. Beseitigung von Kriegsschäden nach Verwaltungs-

— 1000

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt ¹⁾	Art der Gebietskörperschaften		
		Stadtkreise	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise
	1	2	3	4
A. Kämmereiverwaltungen				
0 Allgemeine Verwaltung	2 632	1 112	542	978
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2	2	-	-
2 Schulen				
Volks- und Hilfsschulen	4 737	3 226	1 512	-
Übriges Schulwesen	2 360	1 746	419	195
Summe Einzelplan 2	7 097	4 971	1 931	195
3 Kultur	5 472	5 392	63	17
4 Fürsorge und Jugendhilfe	654	378	222	54
5 Gesundheits- und Jugendpflege	4 318	3 590	254	474
6 Bau- und Wohnungswesen				
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	11 928 ²⁾	6 625	4 007	1 225
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	14 585 ³⁾	11 442	1 984	945
Wasserläufe und Wasserbau	794	734	60	-
Trümmerbeseitigung und -verwertung	5 316	5 172	144	-
Sonstiges Bau- und Wohnungswesen	147	143	4	-
Summe Einzelplan 6	32 771	24 118	6 198	2 170
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts- förderung				
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten..	545	517	28	-
Müllbeseitigung und -verwertung	-	-	-	-
Feuerlöschwesen	206	102	104	-
Einrichtungen der Lebensmittelversor- gung und Marktwesen	2 687	2 652	36	-
Übrige öffentliche Einrichtungen	1 190	1 145	45	-
Förderung von Wirtschaft und Verkehr ..	179 ⁵⁾	13	116	50
Summe Einzelplan 7	4 808	4 430	328	50
Aus 9 Finanz- und Steuerverwaltung	-	-	-	-
Summe A	57 754	43 993	9 537	3 938
B. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, Sondervermögen				
Allgemeines Kapitalvermögen	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen, Sondervermögen..	13 561 ⁴⁾	11 586	1 809	136
Summe B	13 561	11 586	1 809	136
Summe A und B zusammen	71 314	55 579	11 346	4 074
C. Wirtschaftliche Unternehmen				
Elektrizitätsversorgung	380	280	100	-
Gasversorgung	1 708	783	924	-
Wasserversorgung	667	460	207	-
Kombinierte Versorgungsunternehmen	7 362	7 072	290	-
Straßenbahnen, Autobusse, Kleinbahnen	1 410	1 410	-	-
Hafen- und Umschlagsunternehmen	67	67	-	-
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunter- nehmen	-	-	-	-
Unternehmen der Verkehrsförderung	1 114	1 114	-	-
Übrige wirtschaftliche Unternehmen	1 841	1 841	-	-
Summe C	14 549	13 028	1 521	-
Summe A, B und C zusammen	85 864	68 607	12 867	4 074

*) Ohne Schleswig-Holstein.- 1) Lindau hat keine Schuldenverwendung für Beseitigung von Kriegsschäden
5) Darunter 92 Tsd. DM für Förderung der Land- und Forstwirtschaft.

1948 aufgenommenen Kredite nach dem Stand der Schulden am 31. März 1950*)

zweigen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern

DM —

Länder							
Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Württemberg- Baden	Bayern	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern
5	6	7	8	9	10	11	12
493	96	-	280	271	1 118	351	21
-	-	-	2	-	-	-	-
1 426	96	30	695	1 249	234	852	156
351	518	-	437	277	99	678	-
1 776	613	30	1 131	1 527	333	1 530	156
-	100	13	-	41	188	5 131	-
20	95	60	200	267	12	-	-
829	1 334	700	231	750	293	180	-
1 304	2 603	268	89	1 365	3 590	1 642	1 068
825	8 884	241	405	2 284	1 641	213	93
-	283	-	175	175	102	-	60
-	173	2 250	1 768	-	54	1 071	-
-	124	-	5	-	4	14	-
2 129	12 067	2 759	2 442	3 823	5 390	2 940	1 221
-	60	23	75	19	222	146	-
-	-	-	-	-	-	-	-
12	9	-	5	145	5	30	-
148	411	-	79	1 635	261	154	-
496	-	-	68	433	5	188	-
-	-	-	48	43	37	-	50
656	480	23	276	2 275	529	519	50
-	-	-	-	-	-	-	-
5 904	14 786	3 586	4 562	8 953	7 864	10 651	1 448
-	-	-	-	-	-	-	-
628	5 648	5	2 600	504	1 372	2 592	212
628	5 648	5	2 600	504	1 372	2 592	212
6 533	20 433	3 590	7 162	9 457	9 236	13 242	1 661
-	-	-	300	80	-	-	-
449	700	224	334	-	-	-	-
25	-	169	-	362	82	-	29
1 190	3 309	-	600	1 821	442	-	-
-	285	-	-	1 125	-	-	-
-	-	-	-	-	- 67	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
1 088	-	-	20	-	-	-	-
-	1 841	-	-	-	6	-	-
2 752	6 135	393	1 254	3 389	597	-	29
9 285	26 568	3 984	8 416	12 846	9 833	13 242	1 690

gemeldet.- 2) Darunter Bezirks- (Provinzial-) verbände 72 Tsd.DM; 3) dgl. 214 Tsd.DM; 4) dgl. 30 Tsd.DM.-

7. Schulden der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich

— Mill.

Gebietskörperschaften und Art der Schulden	Schuldenstand				
	1928	1929	1930	1931	1932
	1	2	3	4	5
I. Reich					
1. Altverschuldung (einschl. Festwert- und Valutaschulden)	5 559,8	5 215,3	4 927,1	4 727,8	4 571,3
2. Neuverschuldung					
Auslandschulden 1)	883,9	900,7	1 063,7	3 305,5	3 215,2
Inlandschulden	687,0	2 112,5	3 638,8	3 309,0	3 647,5
Schulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	7 130,7	8 228,5	9 629,6	11 342,2	11 434,0
3. Schulden aus öffentlichen Mitteln..	—	—	—	—	—
Gesamtverschuldung ...	7 130,7	8 228,5	9 629,6	11 342,2	11 434,0
II. Länder					
1. Altverschuldung (einschl. Festwert- und Valutaschulden)	60,8	60,4	63,9	36,5	34,5
2. Neuverschuldung					
Auslandschulden 1)	511,9	482,0	532,7	491,2	466,4
Inlandschulden	724,9	1 179,8	1 375,9	1 626,5	1 693,0
Schulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	1 297,6	1 722,3	1 972,5	2 154,1	2 193,9
3. Schulden aus öffentlichen Mitteln..	202,1	206,0	117,3	66,8	114,0
Gesamtverschuldung ...	1 499,7	1 928,2	2 089,8	2 220,9	2 307,9
III. Hansestädte 2)					
1. Altverschuldung (einschl. Festwert- und Valutaschulden)	137,0	125,8	125,3	106,9	99,3
2. Neuverschuldung					
Auslandschulden 1)	219,1	173,2	264,2	289,1	263,1
Inlandschulden	39,5	180,2	228,1	202,0	237,8
Schulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	395,5	479,1	617,6	598,1	600,2
3. Schulden aus öffentlichen Mitteln..	24,7	19,4	26,8	59,3	97,8
Gesamtverschuldung ...	420,3	498,5	644,4	657,4	698,0
IV. Gemeinden (Gv.) 5)					
1. Altverschuldung (einschl. Festwert- und Valutaschulden)	1 138,2	1 201,8	1 192,5	1 171,0	1 098,7
2. Neuverschuldung					
Auslandschulden 1)	541,5	737,6	734,5	713,4	734,9
Inlandschulden	4 095,0	5 789,9	7 171,7	8 043,3	8 115,4
Schulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	5 774,7	7 729,3	9 098,7	9 927,8	9 949,1
3. Schulden aus öffentlichen Mitteln..	767,0	1 033,8	1 185,6	1 318,0	1 345,7
Gesamtverschuldung	6 541,7	8 763,1	10 284,3	11 245,8	11 294,8
V. Öffentliche Verwaltung zusammen					
1. Altverschuldung (einschl. Festwert- und Valutaschulden)	6 895,7	6 603,1	6 308,8	6 042,2	5 803,9
2. Neuverschuldung					
Auslandschulden 1)	2 156,4	2 293,5	2 595,2	4 799,2	4 679,6
Inlandschulden	5 546,5	9 262,5	12 414,5	13 180,8	13 693,7
Schulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	14 598,6	18 159,2	21 318,5	24 022,1	24 177,1
3. Schulden aus öffentlichen Mitteln..
Gesamtverschuldung

1) Bis 1933 Parität, ab 1934 umgerechnet zu den Mittelkursen am Stichtag.— 2) Bis 1936 Saarland.— 6) Einschl. der Einheitsgemeinde Groß-Hamburg.— 7) Gemeinden bis 3 000

vom 31. März 1928 bis 31. März 1940 nach Art der Schulden

RM —

am 31. März des Jahres							
1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
6	7	8	9	10	11	12	13
4 421,5 3 002,9 4 265,5	4 238,5 2 026,2 5 528,1	3 917,4 1 773,0 6 761,9	3 765,6 1 677,9 8 928,3	3 622,1 1 441,9 10 994,0	3 466,6 1 332,9 14 298,7	3 307,1 1 257,3 26 111,7	3 152,2 1 232,0 43 504,6
11 689,9 —	11 792,8 —	12 452,3 —	14 371,7 —	16 057,9 —	19 098,3 —	30 676,1 —	47 888,8 —
11 689,9	11 792,8	12 452,3	14 371,7	16 057,9	19 098,3	30 676,1	47 888,8
34,9 457,4 1 859,9	31,2 294,7 1 987,8	28,1 266,6 1 982,6	26,0 254,2 1 967,4	21,6 212,6 1 955,2	19,3 194,8 1 857,2	18,3 174,0 1 745,6	17,1 162,6 1 765,3
2 352,2 141,1	2 313,7 249,6	2 277,4 283,1	2 247,6 275,8	2 189,5 248,1	2 071,3 244,1	1 937,9 222,7	1 945,0 207,6
2 493,3	2 563,3	2 560,5	2 523,4	2 437,6	2 315,4	2 160,6	2 152,6
92,1 243,1 263,3	78,2 150,8 343,0	74,4 117,6 417,8	74,9 98,0 429,0	67,7 78,5 422,7	59,9 ³⁾ 69,6 354,8	7,0 ⁴⁾ 10,7 156,6	6,2 ⁴⁾ 9,8 162,5
598,6 137,9	572,0 127,2	609,8 122,6	601,8 107,4	568,9 78,7	484,3 59,6	174,3 9,6	178,5 11,3
736,5	699,2	732,4	709,3	647,7	543,9	183,9	189,8
1 043,8 742,5 7 919,9	982,6 463,6 8 405,2	896,5 417,0 8 409,9	821,6 388,0 8 269,8	729,0 354,4 7 908,8	662,6 345,8 7 659,6	656,8 ⁶⁾ 363,5 7 429,7	605,9 ⁶⁾⁷⁾ 326,5 7 033,4
9 706,3 1 568,8	9 851,4 1 768,9	9 723,5 2 005,3	9 479,6 2 049,4	8 992,2 2 014,3	8 668,0 1 905,5	8 450,0 1 784,6	7 965,8 1 756,6
11 275,1	11 620,3	11 728,8	11 528,9	11 006,6	10 573,6	10 234,6	9 722,4
5 592,3 4 446,0 14 308,7	5 330,5 2 935,3 16 264,1	4 916,5 2 574,3 17 572,2	4 688,1 2 418,1 19 594,5	4 440,5 2 087,4 21 280,7	4 208,5 1 943,1 24 170,3	3 989,2 1 805,5 35 443,5	3 781,3 1 731,1 52 465,7
24 347,0 .	24 529,9 .	25 063,0 .	26 700,8 .	27 808,5 .	30 322,0 .	41 238,3 .	57 978,0 .
.

einschl. ihrer Gemeinden.— 3) Ohne Lübeck.— 4) Ohne Hamburg.— 5) Ab 1936 einschl. Einwohner geschätzt.

8. Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände im Gebiet der Bundesrepublik am 31. März 1936

a. Art der Schulden

Art der Schulden	1 000 RM				RM je Einwohner			
	Länder	Hanse- städte	Gemeinden (Gv.)	Zusammen	Länder	Hanse- städte	Gemein- den(Gv.)	Zu- sammen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Altverschuldung								
Ablösungs- und Aufwertungs- schulden	10 448	63 894	406 042	480 384	0,29	37,02	11,33	12,79
Festwert- und Valutaschulden	231	10 968	46 701	57 900	0,01	6,35	1,30	1,54
Zusammen	10 679	74 862	452 743	538 284	0,30	43,37	12,64	14,34
2. Auslandschulden								
Schuldverschreibungen	134 817	57 708	121 566	314 091	3,76	33,43	3,39	8,37
Sonstige langfristige Auslandschulden	27 328	114	79 647	107 089	0,76	0,07	2,22	2,85
Mittel- und kurzfristige Auslandschulden	17 242	40 175	28 260	85 677	0,48	23,28	0,79	2,28
Zusammen	179 387	97 997	229 473	506 857	5,01	56,78	6,40	13,50
3. Langfristige Inlandschulden								
Schuldverschreibungen	186 888	12 685	288 218	487 791	5,22	7,35	8,05	12,99
beim Umschuldungsverband deutscher Gemeinden	28 176	191 056	1 905 650	2 124 882	0,79	110,69	53,20	56,59
Sonstige langfristige Inlandschulden	200 097	109 562	2 105 921	2 415 580	5,59	63,48	58,79	64,33
Hypotheken	6 767	9 547	215 071	231 385	0,19	5,53	6,00	6,16
Zusammen	421 928	322 850	4 514 860	5 259 638	11,79	187,05	126,04	140,08
4. Mittel- und kurzfristige Inlandschulden								
Verzinsliche Schatzanwei- sungen	225 244	17 463	14 114	256 821	6,29	10,12	0,39	6,84
Sonstige mittelfristige Inlandschulden	34 969	41 795	196 932	273 696	0,98	24,21	5,50	7,29
Kurzfristige Inlandschulden	192 963	33 075	76 477	302 515	5,39	19,16	2,13	8,06
Kassenkredite	107 140	13 849	29 198	150 187	2,99	8,02	0,82	4,00
Zusammen	560 316	106 182	316 721	983 219	15,64	61,52	8,84	26,19
Schulden aus Kreditmarktmitteln insgesamt	1 172 313	601 892	5 513 797	7 288 002	32,73	348,72	153,93	194,10
5. Schulden aus öffentl. Mitteln								
Hauszinssteuermittel	24	949	276 150	277 123	-	0,55	7,71	7,38
Übrige öffentliche Mittel ..	156 008	106 497	763 525	1 026 030	4,36	61,70	21,32	27,33
Zusammen	156 032	107 446	1 039 675	1 303 153	4,36	62,26	29,03	34,71
Gesamtverschuldung	1 328 343	709 338	6 553 471	(8 591 152)	37,08	410,97	182,95	(228,81)

noch: 8. Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
im Gebiet der Bundesrepublik am 31. März 1936

b. Gläubiger

Gläubiger	1 000 RM				RM je Einwohner			
	Länder	Hanse- städte	Gemeinden (Gv.)	Zusammen	Länder	Hanse- städte	Gemein- den(Gv.)	Zu- sammen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Ausland	179 387	97 997	256 198	533 582	5,01	56,78	7,16	14,21
2. Markt (Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen).....	596 453	99 208	392 984	1 088 645	16,65	57,48	10,97	28,99
3. Anstalten								
Staatsbanken, Landesbanken, Girozentralen und sonstige öffentlich rechtliche Kredi- tananstalten.....	117 522	44 897	1 183 217	1 345 636	3,28	26,01	33,03	35,84
Umschuldungsverband deutscher Gemeinden	27 749	191 056	1 905 650	2 124 455	0,77	110,69	53,20	56,58
Sparkassen	1 053	30 827	634 445	666 325	0,03	17,86	17,71	17,75
Träger der Sozialversiche- rungen	95 974	19 772	195 429	311 175	2,68	11,46	5,46	8,29
Sonstige öffentlich recht- liche Versicherungen	50 238	15 427	73 422	139 087	1,40	8,94	2,05	3,70
Private Versicherungen ...	35 990	21 227	110 794	168 011	1,00	12,30	3,09	4,47
Hypothekenbanken	1 198	13 423	323 453	338 074	0,03	7,78	9,03	9,00
Kreditbanken	47 609	38 909	52 806	139 324	1,33	22,54	1,47	3,71
Zusammen ...	377 336	375 538	4 479 217	5 232 091	10,53	217,58	125,04	139,35
4. Öffentliche Gläubiger								
Hauszinssteuermittel	24	949	276 150	277 123	0,00	0,55	7,71	7,38
Reich	16 722	28 530	105 548	150 800	0,47	16,53	2,95	4,02
Land	-	5 162	203 652	208 814	-	2,99	5,69	5,56
Gemeinden	5 094	40	46 144	51 278	0,14	0,02	1,29	1,37
Finanzierungsinstitute der Arbeitsbeschaffung	134 192	42 950	386 400	615 140	3,75	24,88	10,79	16,38
Sonstige Unternehmen		29 815	21 783			17,27	0,61	
Zusammen ...	156 032	107 446	1 039 675	1 303 153	4,36	62,25	29,02	34,71
5. Sonstige Gläubiger								
Unternehmungen, Verbände..	9 203	18 759	82 161	110 123	0,26	10,87	2,29	2,93
Private	5 058	3 791	106 849	115 698	0,14	2,20	2,98	3,08
Zusammen ...	14 261	22 550	189 011	225 822	0,40	13,06	5,28	6,01
6. Gläubiger nicht festgestellt	4 873	6 599	196 387	207 859	0,14	3,82	5,48	5,54
Gesamtverschuldung	1 328 343	709 338	6 553 471	(8 591 152)	37,08	410,97	182,95	(228,81)

noch: 8. Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
im Gebiet der Bundesrepublik am 31. März 1936

c. Verwendung der seit der Währungsstabilisierung von 1923
aufgenommenen Neuverschuldung

Art der Verwendung	1 000 RM				RM je Einwohner			
	Länder	Hanse- städte	Gemeinden (Gv.)	Zusammen	Länder	Hanse- städte	Gemein- den(Gv.)	Zu- sammen
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Hoheits-u.Kämmereiverwaltungen								
1. Allgemeine Verwaltungen, Rechts- und Staatssicherheit.	27 545	10 730	123 124	161 399	0,77	6,22	3,44	4,30
2. Bildung								
Schulen	1 982	16 891	212 543	231 416	0,06	9,79	5,93	6,16
Wissenschaft, Kunst, Kirche.	15 395	2 519	50 285	68 199	0,43	1,46	1,40	1,82
Zusammen ...	17 377	19 410	262 828	299 615	0,49	11,25	7,33	7,98
3. Wohlfahrt und Gesundheit								
Arbeitsbeschaffung	125 985	20 004	-	145 989	3,52	11,59	-	3,89
Pflege und Jugendhilfe								
Einrichtungen, Anstalten..	.	.	37 213	37 213	.	.	1,04	0,99
Sonstiges	3 558	3 305	29 331	36 194	0,10	1,91	0,82	0,96
Gesundheit und Leibesübungen								
Heilanstalten	9 758	182 834	192 592	.	5,65	5,10	5,13
Badeanstalten	454	53 080	53 534	.	0,26	1,48	1,43
Leibesübungen, Sport	246	49 223	49 469	.	0,14	1,37	1,32
Sonstiges	5 202	-	5 786	10 988	0,15	-	0,16	0,29
Zusammen ...	134 747	33 767	357 463	525 979	3,76	19,56	9,98	14,01
4. Wohnungs- und Siedlungswesen								
Wohnungswesen	142 839	64 332	1 421 871	1 629 042	3,99	37,27	39,69	43,39
Allgemeines Grundvermögen ..	6 104	46 304	488 051	540 459	0,17	26,83	13,62	14,39
Zusammen ...	148 943	110 636	1 909 922	2 169 501	4,16	64,10	53,32	57,78
5. Allgemeine Förderung der Wirtschaft								
Landwirtschaft	161 299	9 307	.	170 606	4,50	5,39	.	4,54
Handel, Industrie und Gewerbe	15 472	30 929	.	46 401	0,43	17,92	.	1,24
Nicht aufgegliedert	-	-	42 989	42 989	-	-	1,20	1,14
Zusammen ...	176 772	40 236	42 989	259 996	4,93	23,31	1,20	6,92
6. Verkehr								
Straßen, Wege, Brücken	140 687	28 499	982 884	1 152 070	3,93	16,51	27,44	30,68
Binnenschifffahrt	39 830	4 313	90 451	134 594	1,11	2,50	2,53	3,58
Seeschifffahrt	-	106 053	-	106 053	-	61,44	-	2,82
Sonstiges	74	4 082	-	4 156	-	2,37	-	0,11
Zusammen ...	180 589	142 946	1 073 338	1 396 873	5,04	82,82	29,96	37,20
7. Anstalten und Einrichtungen								
Kanalisation, Müllabfuhr ...	-	417	296 823	297 240	-	0,24	8,29	7,92
Feuerlöschwesen	-	168	14 680	14 848	-	0,10	0,41	0,40
Friedhöfe, Bestattung	-	323	29 570	29 893	-	0,19	0,83	0,80
Garten- und Parkanlagen	-	138	49 982	50 120	-	0,08	1,40	1,35
Schlacht- und Viehhöfe, Märkte	-	-	66 590	66 590	-	-	1,86	1,77
Sonstiges	-	41	10 231	10 272	-	0,02	0,29	0,27
Zusammen ...	-	1 086	467 876	468 963	-	0,63	13,06	12,49
Hoheits- und Kämmereiverwal- tungen (einschl. allgem. Grundvermögen) zusammen (Summe I)	685 973	358 810	4 237 539	5 282 322	19,15	207,89	118,30	140,69

noch: 8. Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
im Gebiet der Bundesrepublik am 31. März 1936

noch: c. Verwendung der seit der Währungsstabilisierung von 1923
aufgenommenen Neuverschuldung

Art der Verwendung	1 000 RM				RM je Einwohner			
	Länder	Hanse- städte	Gemeinden (Gv.)	Zusammen	Länder	Hanse- städte	Gemein- den(Gv.)	Zu- sammen
	1	2	3	4	5	6	7	8
II. Wirtschaftliche Unternehmen								
1. Versorgungsunternehmen								
Elektrizitätsversorgung ..	78 859	14 388	338 757	432 004	2,20	8,34	9,46	11,51
Gasversorgung	197	564	123 281	124 042	0,01	0,33	3,44	3,30
Wasserversorgung	15 180	174	209 389	224 743	0,42	0,10	5,85	5,99
Kombinierte Betriebe	-	-	2 207	2 207	-	-	0,06	0,06
Zusammen ...	94 236	15 125	673 634	782 996	2,63	8,76	18,81	20,85
2. Verkehr								
Eisenbahnen, Kleinbahnen..	56 698	14 414	39 457	110 569	1,56	8,35	1,10	2,94
Straßenbahnen, Kraftwagen.	591	3 961	140 470	145 022	0,02	2,29	3,92	3,86
Häfen, Fähren	29 707	84 021	59 510	173 238	0,83	48,68	1,66	4,61
Luftverkehr	1 961	2 121	25 665	29 747	0,05	1,23	0,72	0,79
Sonstiges	-	-	2 074	2 074	-	-	0,06	0,06
Zusammen ...	88 957	104 517	267 176	460 650	2,48	60,55	7,46	12,27
3. Sonstige Betriebe								
Land- und Forstwirtschaft.	40 102	70	62 403	102 575	1,12	0,04	1,74	2,73
Banken und Sparkassen	36 215	12 818	96 846	145 879	1,01	7,43	2,70	3,89
Bergwerke, Hütten, Salinen	16 854	-	8 950	25 804	0,47	-	0,25	0,69
Wasserwirtschaftliche								
Unternehmen	2 954	-	2 162	5 116	0,08	-	0,06	0,14
Bäder, Kurbetrieb	1 482	27 351	28 833	.	0,86	0,76	0,77
Messen, Ausstellungshallen	.	345	32 519	32 864	.	0,20	0,91	0,88
Sonstige	9 293	18 807	22 900	51 000	0,26	10,90	0,64	1,36
Zusammen ...	105 418	33 522	253 131	392 071	2,94	19,42	7,07	10,44
Wirtschaftliche Unternehmen zusammen (Summe II)	288 608	153 164	1 193 945	1 635 717	8,06	88,74	33,33	43,56
III. Sonstige Verwendungen								
Rückzahlung alter Schulden	4 282	2 363	12 651	19 296	0,12	1,37	0,35	0,51
Deckung von Fehlbeträgen..	109 176	107 308	578 401	794 885	3,05	62,17	16,15	21,17
Kassenreserve und Be- triebsmittel	213 095	11 607	69 498	294 200	5,95	6,72	1,94	7,84
Sonstige Verwendungen	16 527	1 224	8 693	26 444	0,46	0,71	0,24	0,70
Sonstige Verwendungen zu- sammen (Summe III)	343 081	122 502	669 243	1 134 825	9,58	70,97	18,68	30,22
Gesamtbetrag ...	1 317 663	634 476	6 100 724	8 052 863	36,78	367,60	170,31	214,47
Form der Verwendung								
Unmittelbar verausgabt....	748 549	538 187	5 219 425	6 506 161	20,90	311,81	145,71	173,28
Beteiligungen	85 560	42 516	189 830	317 906	2,39	24,63	5,30	8,47
Darlehen an								
eigene Betriebe	59 404	266	27 351	87 021	1,66	0,15	0,76	2,32
sonstige öffentliche Un- ternehmen	85 430	379	31 182	116 991	2,38	0,22	0,87	3,12
fremde Gebietskörper- schaften	165 520	2 531	39 877	207 928	4,62	1,47	1,11	5,54
private Wirtschaft	173 200	50 597	593 062	816 859	4,84	29,31	16,56	21,76
Darlehen zusammen	483 555	53 773	691 469	1 228 797	13,50	31,15	19,30	32,73
Gesamtbetrag	1 317 663	634 476	6 100 724	8 052 863	36,78	367,60	170,31	214,47